

mo

20 Jahre
mo Magazin

SOS
Mitmensch

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 77

DOSSIER:
**ASIATISCHE
DIASPORA**

**DEMOKRATIE
SCHÄDEN
DURCH DIE FPÖ**

**COMMUNITY
TSCHECHEN:INNEN
AM WORT**

**NEUER ALTER HASS
ANTI-ASIATISCHER
RASSISMUS**

KOPFPORTAGE DAVON 1,50 €
3,00€

Was MO-Kolporteur:innen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



SOS
Mitmensch

JETZT SPENDEN!
IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383
BIC: GIBAAWXXX



Im Dezember 2004 erschien die erste Ausgabe des MO-Magazins, damals noch unter dem Namen „Moment“.



Noo* und Weina Zhao. Foto: Lukas Ilgner

Noo* und Weina Zhao setzen sich für die Sichtbarkeit der asiatischen Diaspora und gegen anti-asiatischen Rassismus ein.

D Liebe Leser:innen,

das MO-Magazin wird mit dieser Ausgabe 20 Jahre alt!

Für uns ist das ein Grund zu feiern und Danke zu sagen: Bei all den Menschen, die in den zwei Jahrzehnten zum Gelingen des Magazins beigetragen haben, und besonders auch bei Ihnen, liebe Leser:innen, für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung!

Mit einem (Soli-)Abo ermöglichen Sie auch weiterhin unsere Arbeit. Und die wird es brauchen, besonders wenn es um Menschenrechtsthemen geht. Denn die Wahlsiege der Kickls und Trumps dieser Welt lassen befürchten, dass es in den nächsten Jahren noch kritischer um die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Pressefreiheit und Medienvielfalt, den Schutz von Minderheiten oder die Frauenrechte stehen wird. Olivera Stajić zeigt in dieser Ausgabe in ihrem Gastbeitrag auf, welche Schäden die Demokratie in Österreich durch die FPÖ bereits erfahren hat. Im Dossier widmen wir uns der asiatischen Diaspora und berichten über den Rassismus, den vor allem Menschen mit (süd)ostasiatischer Migrationsgeschichte erleben. Anlässlich unseres Jubiläums haben wir zudem Leopold Gratzl einen Tag lang beim Verkauf des Magazins begleitet. Die Straßenkolportage bietet Menschen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, die Möglichkeit, ein wenig Geld zu verdienen. Und zum Schluss noch eine Frage an Sie: Warum lesen Sie das MO? Worüber würden Sie in kommenden Ausgaben gerne mehr erfahren? Wir freuen uns, von Ihnen unter redaktion@momagazin.at zu hören.

Milena Österreicher, Chefredakteurin

INHALTSVERZEICHNIS



Foto: Lukas Ilgner



Illustration: P.M. Hoffmann



Foto: Sonja Kittel

Einstieg

- 2 CARTOON**
MO und das Bullshit-Bingo.
- 3 EDITORIAL**
- 6 NACHGEFRAGT ...**
... bei Abdulhkeem Alshater über die Hilfe der syrischen Community.
- 7 HANDLUNGSBEDARF**
So kann ein Neustart gelingen.
- 8 SOS MITMENSCH: NEWS**
Brandmauer gegen Rechtsextremismus / Rekorde bei Pass Egal Wahl / Offener Brief an Parteien

DOSSIER: ASIATISCHE DIASPORA

- 10 ES MUSS AUFHÖREN**
Initiativen in Österreich gegen anti-asiatischen Rassismus.
- 14 NEUER ALTER HASS**
Rassistische Klischees über Asiat:innen haben jahrhundertelange Tradition.
- 17 DIE VERGESSENEN „GASTARBEITERINNEN“**
Pflegekräfte aus den Philippinen und Korea.
- 20 EIN STÜCK HEIMAT IN WIEN**
25 Jahre PROSI: Ein Supermarkt als Heimathafen.

Welt

- 22 WOLLEN WIR ES WIRKLICH WISSEN?**
Warum eine erneute Regierungsbeteiligung der FPÖ der Demokratie schaden würde.

26 KEINE ANGST VORM VOLKSANWALT

Es braucht parteiunabhängige Menschenrechtskontrolle.

28 „DAS ZEITUNGVERKAUFEN IST MEINE THERAPIE“

Straßenreportage vom MO-Magazin-Verkauf.

31 GESCHICHTEN DES WIDERSTANDS

Zehn Jahre UNDOK: Kampf gegen die Ausbeutung undokumentierter Arbeiter:innen.

34 LUKRATIVE MIETGESCHÄFTE MIT DER NOT

Journalist Yilmaz Gülüm im Gespräch über Elendsquartiere.

36 UNS GIBT ES AUCH

Andere Einblicke in die tschetschenische Community.

Rubriken

40 KOLUMNEN

Martin Schenk: Donauschlingen

Philipp Sonderegger: Wem hilft die Polizei?

Vanessa Spanbauer: Krisen, Kriege, Katastrophen

42 SERVUS ALAYKUM

Verstehen Sie menschlich?

43 DOSSIERMEDIEN

Störgefühle / Tränen im Asiamarkt

44 MEDIEN

Steine / Gekommen, um zu bleiben / Alle Menschen haben Rechte / Angry Cripples

46 ANDERE ÜBER ...

Kommentar: Kurt Fischer über Regierungsbildung in „ungemütlichen“ Zeiten.

2.000 Festessen für armutsbetroffene Menschen

Bereits zum sechsten Mal in Folge veranstaltet dm drogerie markt gemeinsam mit BIO AUSTRIA österreichweit Festessen für wohnungs- und obdachlose Menschen. In über 35 Wärmestuben und Notschlafstellen wird ein Drei-Gänge-Menü in weihnachtlicher Atmosphäre gezaubert.

Auch dieses Jahr ist es dm wieder ein Anliegen, Menschen, die an der Armutsgrenze leben, in der Zeit vor Weihnachten eine Freude zu bereiten. Denn nicht alle haben das Privileg, das Fest der Liebe gemeinsam mit Familie und Freunden bei einer warmen Mahlzeit zu verbringen. In Zusammenarbeit mit BIO AUSTRIA organisiert dm deswegen erneut ein Festessen mit hochwertigen Lebensmitteln für mehr als 2.000 armutsbetroffene Menschen in über 35 Wärmestuben und Notschlafstellen.

Lebensmittel aus der Region

Für das weihnachtliche Menü spendet dm Produkte aus dem Bio-Sortiment und weihnachtliche Dekoration. Die frischen Lebensmittel, wie Fleisch und Gemüse, werden vom Verband BIO AUSTRIA zur Verfügung gestellt und angeliefert. Die Produkte stammen von Bio-Bäuerinnen und -Bauern aus der jeweiligen Region. Auf dem Menüplan steht dieses Jahr als Vorspeise eine Gerstengraupensuppe



dm drogerie markt und BIO AUSTRIA veranstalten Festessen für den guten Zweck. Harald Bauer (dm Geschäftsführer), Janine Steinhardt und Sanela Selimbasic (dm Filialmitarbeiterinnen), Barbara Riegler (Obfrau BIO AUSTRIA).

mit winterlichem Gemüse. Als Hauptspeise dürfen sich die Gäste über ein Rindsragout mit Wurzelwerk und Dinkelpenne oder als vegetarische Alternative einen Linseneintopf mit Erdäpfeln freuen. Zum süßen Abschluss gibt es einen Kürbiskuchen.

Unterstützung durch dm Mitarbeitende

Wie schon in den Jahren zuvor werden viele der Festessen von dm Mitarbeitenden begleitet. Diese nutzen ihren „mehr vom leben tag“ – ein zusätzlicher freier Tag für soziales Engagement – und helfen am Tag der Veranstaltung zum Beispiel beim Dekorieren und Kochen mit oder unterstützen die Ausgabe der Menüs.

Weihnachtskarte als Dank

dm Kundinnen und Kunden können die Aktion mit einer Fünf-Euro-Spende in den Filialen sowie in den Friseur- und Kosmetikstudios fördern. Als kleines Dankeschön gibt es eine weihnachtliche Stickkarte (solange der Vorrat reicht). Die Spenden, die nicht für den Kauf der frischen Lebensmittel benötigt werden, kommen den teilnehmenden Einrichtungen für zusätzliche Anschaffungen oder Maßnahmen zugute. So konnte zum Beispiel die Oberösterreichische Tafel dank der Festessen-Spenden aus dem Vorjahr diesen Herbst 400 Rucksäcke mit Hygieneartikeln und Schlafsäcken schnüren, um den Obdachlosen durch die kalte Jahreszeit zu helfen.

NACHGEFRAGT

„Wir sind nicht alle gleich“

Abdulhkeem Alshater, Vorsitzender des Vereins „Freie syrische Gemeinde“, über die Hilfe hunderter Syrer:innen nach dem Hochwasser in Österreich und die mediale Berichterstattung über die syrische Community.

INTERVIEW: MILENA ÖSTERREICHER

Wofür steht der Verein „Freie syrische Gemeinde“?

Wir haben den Verein vor eineinhalb Jahren gegründet, weil wir eine unabhängige Vertretung von Syrer:innen in Österreich wollten. Wir organisieren Demonstrationen, setzen uns für eine demokratische, säkulare Gesellschaft in Syrien ein und helfen syrischen Geflüchteten, sich hierzulande zu integrieren. Wir machen beispielsweise wöchentlich ein Deutsch-Sprachcafé und sprechen u. a. auch über österreichische Gesetze. Der Verein hat mittlerweile über 150 Mitglieder.

Nach dem Hochwasser Mitte September organisierten Sie hunderte Helfer:innen aus der syrischen Community für die Aufräumarbeiten in Niederösterreich. Wie kam es dazu?

Wir hatten für den 15. September eine Kundgebung unter dem Motto „Austro-Syrer sagen: Danke Österreich & Nein zu Hetze gegen Syrer“ geplant, nachdem es zuvor wieder viel negative Berichterstattung über unsere Community gab. Wir wollten uns dankbar dafür zeigen, dass Österreich uns aufgenommen hat, wir hier unsere Meinung äußern und auf die Straße



Über hundert Syrer:innen halfen bei den Aufräumarbeiten nach dem Hochwasser in Niederösterreich.

gehen können, ohne verhaftet und gefoltert zu werden, wie es in Syrien der Fall wäre. Als das Hochwasser absehbar war, haben wir die Kundgebung abgesagt. Als dann ein Freund angerufen und um Hilfe gebeten hat, sind wir mit rund hundert Personen nach Matzleinsdorf bei Melk gefahren.

Wie wurde auf die Helfer:innen reagiert?

Anfangs waren die Menschen dort skeptisch bis schockiert. Auch die Polizei hat nachgefragt, wer wir sind und was wir hier machen. Wir haben geholfen, viele Häuser nach dem Hochwasser aufzuräumen. Die Menschen haben uns am Anfang verhalten oder gar nicht begrüßt. Aber am vierten Tag waren dann alle richtig freundlich. Wir wissen gut, wie es ist, wenn man alles verliert.

Der Verein ist durch die Hilfsaktion medial sehr bekannt geworden. Wie erleben Sie diese Aufmerksamkeit?

Wir freuen uns, dass wir einen positiven Eindruck hinterlassen konnten. Oft kommen in Medien negative Berichte über Syrer:innen. Es wird vermittelt, wir seien alle Messerstecher oder Ähnliches. Aber es gibt solche und solche, wir sind nicht alle gleich. Der Verein versucht zum Beispiel mit den Jugendlichen, die sich viel am Reumann- und am Keplerplatz aufhalten, zu sprechen. Viele von ihnen sind ohne Familie hier. Sie haben lange in Camps gelebt, warten hier ohne Beschäftigung auf ihren Asylbescheid und haben kaum Perspektiven. Manche kommen so auf dumme Gedanken, was sich wiederum auf die gesamte Community auswirkt.

Was wünschen Sie sich von der Berichterstattung?

Es gibt viele positive Sachen zu erzählen: So viele Syrer:innen, die arbeiten gehen, Steuern zahlen, Deutsch sprechen, sich gut integriert haben. Ich würde mir auch wünschen, dass mehr über die Situation für Geflüchtete in Österreich berichtet wird sowie über die immer noch schlechte Lage in Syrien.

HANDLUNGSBEDARF

So kann ein Neustart gelingen

Nach dem Wahlerfolg der extremen Rechten braucht es in Österreich einen demokratischen Neustart. Dazu müssen ÖVP und SPÖ über ihren Schatten springen.

TEXT: ALEXANDER POLLAK

Man kann es auch so sehen: Während Trump in den USA einen Wahlsieg gefeiert hat, ist die österreichische Demokratie noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen. Die tief im Rechtsextremismus verankerte FPÖ ist zwar stärkste politische Kraft, aber hat deutlich unter einem Drittel der Stimmen und Mandate. Damit kann die FPÖ keine Verfassungsgesetze blockieren. Eine klare Regierungsmehrheit jenseits der extremen Rechten ist hierzulande möglich und gerade auch angesichts der Entwicklungen in den USA dringend notwendig. Doch wie kann in Österreich ein demokratischer Neustart angesichts der tiefen Gräben zwischen ÖVP und SPÖ gelingen? Während die FPÖ die antidemokratische Rhetorik von der „Einheitspartei“ pflegt und damit suggeriert, zwischen alle anderen Parteien passe kein Blatt Papier, ist das Gegenteil der Fall. Insbesondere ÖVP und SPÖ haben sich so weit auseinandergeliebt, dass eine funktionierende Koalition fast nicht mehr vorstellbar ist. Inhaltlich trennen ÖVP und SPÖ bei Themen wie etwa Arbeitsmarktpolitik, Steuern oder Sozialleistungen Welten. Zudem wissen beide Parteien, dass das früher gepflegte

langwierige Aushandeln von Kompromissen von der Wählerschaft als extrem lähmend empfunden wurde und mit zur Unpopularität der vormals großen Koalitionen geführt hat. Darüber hinaus stecken sowohl ÖVP als auch SPÖ in tiefen Krisen. Durch die Jahrzehnte der ungebrochenen Regierungsbeteiligung ist die ÖVP in einem Korruptions- und Korruptionsverdachtsumpf versunken. Ihre Attacken auf die Anti-Korruptionsjustiz sind eine Gefahr für den Rechtsstaat. Sie hat sich zudem in ein destruktives Wettfeiern mit der FPÖ um die Hoheit in Sachen Populismus und Spaltung verstrickt. Die SPÖ ist wiederum innerlich tief zerrüttet. Auch jetzt wird öffentlich am Stuhl des Parteivorsitzenden gesägt. Und doch gibt es eine Chance für einen Neustart. Dazu müssten ÖVP und SPÖ allerdings über ihren Schatten springen. Sie müssten Leuchtturmprojekte für beide Seiten zulassen und sich sowohl gemeinsame als auch getrennte Erfolge gönnen. Letzteres bedeutet auch, dass gravierende Unterschiede nicht verschwiegen, sondern aktiv kommuniziert werden müssten – und erklärt werden müsste, warum die Koalition trotzdem Sinn macht.



Illustration: Petja Dimitrova

ÖVP und SPÖ müssten zudem aus der Not, einen weiteren Koalitionspartner zu brauchen, eine Tugend machen, indem sie das zum Anlass nehmen, um aus dem festgefahrenen Korsett früherer großer Koalitionen auszubrechen. Und sie müssten Maßnahmen ergreifen, um unsere Demokratie gegen zukünftige wahrscheinliche Angriffe besser zu wappnen.

Für die Erarbeitung ebendieser Maßnahmen könnte sich die neue Regierung eine Initiative der bisherigen Umweltministerin zum Vorbild nehmen. Leonore Gewessler hat in Sachen Klimaschutz gezeigt, dass ein Bürger:innenrat die Entscheidungen der Politik zwar nicht ersetzen, aber wichtige Impulse bringen kann. Ihr Problem war, dass die ÖVP kein Interesse an diesem Rat hatte. Aber wenn sich alle Koalitionspartner hinter so ein Gremium stellen, dann wäre das ein möglicher Weg, um bei großen Themen aus Blockaden herauszukommen.

Die demokratisch gesinnten Kräfte müssen jetzt in Österreich und Europa näher zusammenrücken. Denn allen muss klar sein: Die Alternative zu einem demokratischen Neustart ist de-saströs.

DEMOKRATIE

Brandmauer gegen Rechtsextremismus!

SOS Mitmensch hat unmittelbar nach der Nationalratswahl eine Initiative für eine Brandmauer gegen Rechtsextremismus gestartet. Ziel war und ist es, darauf zu pochen, dass Österreich zum Schutz der Demokratie keine Bundesregierung mit rechtsextremer Beteiligung erhält. Erster Schritt war der Appell an Bundespräsident Alexander Van der Bellen, keinen Regierungsauftrag an Parteien und Personen zu vergeben, die eng mit verfassungsgefährdenden Szenen verflochten sind.

Dazu verwies SOS Mitmensch auf ein umfassendes Dossier mit über 225 dokumentierten Verflechtungen der FPÖ mit rechtsextremen Szenen in Öster-



SOS Mitmensch ruft zum Schutz der Demokratie auf.

reich und Deutschland. Nahezu die gesamte Parteispitze der FPÖ ist involviert. Von den sieben Personen, die nach der Wahl von der FPÖ als Verhandlungsteam nominiert wurden, wiesen alle rechtsextreme Berührungspunkte auf, bis hin zu Mitgliedschaften in rechtsextremen Verbindungen. Bereits zehn Tage nach der Wahl übermittelte SOS Mitmensch dem Bundespräsidenten knapp 10.000 Unterschriften gegen einen Regierungsbildungsauf-

trag an die FPÖ. Am 22. Oktober gab Van der Bellen schließlich seine Entscheidung bekannt, nicht die FPÖ, sondern die ÖVP mit der Regierungsbildung zu betrauen.

Jetzt kämpft SOS Mitmensch darum, dass eine funktions- und zukunftsfähige Regierung zustande kommt. Auf der Webseite www.brandmauer.at informieren wir über aktuelle Aktionen zum Schutz und zur Stärkung unserer Demokratie.

DEMOKRATIE

Eindrucksvoller Rekord bei Pass Egal Wahl

Die Pass Egal Nationalratswahl von SOS Mitmensch hat mit einer überwältigenden Rekordbeteiligung geendet. Fast 20.000 Menschen mit Pässen aus 120 Ländern nahmen teil. Dank zahlreicher Kooperationspartner:innen konnte österreichweit an über 70 Standorten gewählt werden. Darüber hinaus hielten 74 Schulen in Kooperation mit SOS Mitmensch eigene Pass Egal Wahlen ab. Es war insgesamt die mit Abstand größte Pass Egal Wahl der Geschichte!

Bei den Wahlteilnehmer:innen ohne österreichische Staatsbürgerschaft



Demokratiefest zum Abschluss der Pass Egal Wahl 2024.

konnte die SPÖ den ersten Platz erringen. Das Ergebnis der Pass Egal Wahl ist allerdings nicht repräsentativ. Es steht für das politische Stimmungsbild jener Menschen, die von unserer De-

mokratie-Aktion erfahren haben und aktiv ein Zeichen für eine inklusive Demokratie setzen wollten. Abgeschlossen wurde die Wahl mit einem eindrucksvollen Demokratiefest am Wiener Yppenplatz. Die Rekordwahl zeigt, wie wichtig das Thema des zunehmenden Wahlausschlusses für viele Menschen geworden ist. Bereits jede fünfte Person im Wahlalter ist betroffen. Ausgrenzung von demokratischer Beteiligung ist eine gefährliche Sackgasse. Die Politik muss Antworten finden für eine inklusive Demokratie, die alle hier langfristig lebenden Menschen mit einschließt.

DEMOKRATIE

Riesenerfolg der Pass Egal Wahl an Schulen

Auch die Pass Egal Wahl an Schulen erreichte eine neue Rekordwahlbeteiligung. Mehr als 12.200 Schüler:innen gaben an 74 Schulen österreichweit ihre Stimme ab. „Ein wichtiges Projekt für die Demokratie-Erziehung im Land und ein riesiger Erfolg für uns“, betont SOS Mitmensch-Geschäftsführerin Gerlinde Affenzeller. Schüler:innen mit Pässen aus 104 Ländern nutzten die symbolische Wahlgelegenheit. Darunter auch Jugendliche mit österreichischem Pass, die ihre Solidarität mit den Mitschüler:innen, die kein Wahlrecht haben, zum Ausdruck brachten. „Die Dringlichkeit des Projekts korrespondiert mit der jährlich größer werdenden Anzahl an nicht wahlberechtigten Menschen und darf nicht länger ignoriert werden“, erklärt Projektleiterin Maiko Sakurai.



Begeisterte Teilnahme von Schüler:innen an der selbst organisierten Pass Egal Wahl.

Lehrkräfte erhalten mit dem Projekt ein Instrumentarium für die Simulation einer Wahl. Für Schüler:innen werden demokratische Prozesse erlebbar gemacht. Dazu erhalten die Lehrkräfte Unterrichtsmaterialien, die SOS Mitmensch gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule Wien erstellt hat. SOS Mitmensch fordert ein Ende der Ausgrenzung hier lebender Menschen. Interessierte Schulleiter:innen und Lehrer:innen können sich bereits unter pass-egal-wahl@sosmitmensch.at für die nächste Pass Egal Wahl an Schulen anlässlich der Wiener Landtags-Wahl im Herbst 2025 voranmelden und Infos anfordern.

DEMOKRATIE

Offener Brief an Parteien

Mehrere Demokratie-Initiativen haben einen offenen Brief an die Bundesparteivorstände von ÖVP, SPÖ, Neos und Grünen verfasst. Darin wird die Ablehnung einer Regierungszusammenarbeit mit FPÖ-Obmann Kickl begrüßt und zu Kompromissbereitschaft bei den Regierungsgesprächen mit den anderen Parteien aufgefordert. Die Demokratie-Initiativen betonen, dass mehr als zwei Drittel der Wähler:innen ihre Stimme für ÖVP, SPÖ, NEOS und die Grünen abgegeben hat. Eine überwältigende Mehrheit dieser Wähler:innenschaft will keine Regie-

runge unter Beteiligung einer Partei, die aufgrund ihrer engen Verflechtungen mit dem rechtsextremen Spektrum die demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaftsordnung gefährdet. Jetzt gilt es alles dafür zu tun, damit die Koalitionsgespräche nicht an mangelnder Kompromissbereitschaft scheitern! Folgende Demokratie-Initiativen haben den offenen Brief unterzeichnet: [be-trifft.demokratie](#), Dema-Institut, #Demokratie für Alle, Für Demokratie und Rechtsstaat, Ja Demokratie, SOS Mitmensch, Zusammenhalt NÖ.

Rechtsradikaler Präsident des Nationalrats

SOS Mitmensch hat gegen die Wahl von Walter Rosenkranz zum Nationalratspräsidenten scharf protestiert. Ein Mitglied einer deutschnationalen schlagenden Burschenschaft, die dem rechtsextremen Spektrum angehört, ist als österreichischer Nationalratspräsident inakzeptabel und eine Gefahr für unsere parlamentarische Demokratie.

Mehrheit für demokratische Dreierkoalition

Eine Mehrheit der österreichischen Bevölkerung ist für eine Dreierkoalition aus demokratisch gesinnten Parteien, sofern diese Reformen angehen. Fast zwei Drittel der Befragten sprechen sich laut einer Umfrage von Unique Research im Auftrag von „Heute“ dafür aus, ein knappes Drittel ist dagegen. Das eröffnet ÖVP, SPÖ und einer dritten Partei eine echte Chance.

Mahnwache vor ÖVP-Zentrale

Vor der ÖVP-Zentrale in Wien findet eine regelmäßige Demokratie-Mahnwache statt. Ziel ist es, der ÖVP deutlich zu signalisieren, dass es keinesfalls zu einer Regierungsbeteiligung rechtsextremer politischer Kräfte kommen darf. Vor Ort werden Flugblätter verteilt und Infomaterial aufgelegt. Mehr Infos unter www.brandmauer.at.



Mahnwache vor der ÖVP zum Schutz der Demokratie.



ES MUSS AUFHÖREN

Österreicher:innen mit asiatischem Migrationshintergrund werden noch immer auf rassistische Stereotype reduziert. Aktivist:innen sind sich einig: Anti-asiatischer Rassismus muss adressiert und noch viel getan werden, um ihn aufzulösen.

Interview: Salme Taha Ali Mohamed

Fotos: Lukas Ilgner

Eine junge Frau steht in der U-Bahn. Sie schaut auf die Seite, ihr Blick abgewandt von der Kamera, die auf sie gerichtet ist. In ihren Händen hält sie ein Schild aus Karton, das halb so groß ist wie sie selbst. Darauf sind in deutlichen Blockbuchstaben auf weißem Papier die folgenden Worte zu lesen: „Ich bin kein Virus“. Eine Anklage und ein Aufschrei zugleich.

Mit diesem Foto ging Saya S. im Februar 2020 in Österreich viral. Denn damit machte die Wienerin mit koreanischen Wurzeln auf ein Problem aufmerksam, mit dem sich viele Menschen aus der südost- und ostasiatischen Diaspora mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie konfrontiert sahen. Ablehnung, Misstrauen, Schuldzuweisungen und sogar offener Hass standen in jener Zeit für viele an der Tagesordnung. Menschen wurden beschimpft, bespuckt und be-

drängt – und das alleine aufgrund ihrer ethnischen Herkunft. „In den Medien hieß es damals, dass das Virus aus Asien eingeschleppt wurde“, erklärt Arlene Castañeda. Sie ist die Gründerin und Obfrau des Kulturvereins „Zentrum für österreichische und philippinische Kultur und Sprache“, kurz „Sentro“. „Dabei wurde nicht unterschieden,

**MENSCHEN WURDEN
AUFGRUND IHRER HERKUNFT
BESCHIMPFT, BESPÜCKT
UND BEDRÄNGT.**

ob das nun Österreicher:innen mit Migrationshintergrund waren, die hier leben, oder Tourist:innen“, fährt Castañeda fort. Jede:r, der bzw. die als Asiat:in wahrgenommen wurde, stand plötzlich unter Generalverdacht.

Das Resultat dieser rassistischen Ge-

neralisierung war für die Betroffenen unmittelbar spürbar. Unter dem Hashtag „I am not a virus“ (zu Deutsch: „Ich bin kein Virus“) berichteten Menschen aus der südost- und ostasiatischen Diaspora auf der ganzen Welt, wie die Covid-19-Pandemie anti-asiatischen Rassismus, der schon im Vorhinein permanent präsent war, weiter anheizte. Das Bild, das Saya S. von sich auf Instagram postete, rückte die Diskussion auch in die österreichische Öffentlichkeit.

Rassismus im Blick

Die Medienberichte häuften sich und die Wienerin ebenso wie weitere asiatisch-österreichische Aktivist:innen hatten erstmals die Möglichkeit, einem großen Teil der Bevölkerung von ihren persönlichen Erfahrungen mit Rassismus und Ausgrenzung zu erzählen, die



Arlene Castañeda und Christiane Gotz engagieren sich im „Zentrum für österreichische und philippinische Kultur und Sprache“, kurz „Sentro“.



Rassismus-Fälle melden normalerweise mehr Zeug:innen als direkt Betroffene, sagt Désirée Sandanasamy, ZARA-Rechtsexpertin.

2020 einen besonders hohen Gipfel erreichten. Das zeigen auch die Zahlen der Rassismus-Beratungsstelle ZARA. „Wir haben einen Anstieg der Fallzahlen beobachtet“, berichtet die dort tätige Juristin und Expertin für Rassismus Désirée Sandanasamy. Im ersten Jahr der Pandemie dokumentierte ZARA insgesamt 3.039 rassistische Vorfälle. Im Vergleich: 2019 waren es „nur“ 1.950 und 2021 waren es 1.977.

Gleichzeitig merkt die Rechtsexpertin an, dass ZARA davon abhängig ist, dass rassistische Vorfälle proaktiv von Betroffenen oder Zeug:innen bei ihnen gemeldet werden. „Sensibilisierung in der Gesamtgesellschaft ist extrem wichtig für unsere Arbeit“, so Sandanasamy. Das bedeutet aber auch, dass höhere Fallzahlen an Vorfällen nicht immer mit einem tatsächlichen Anstieg an Rassismus zu tun haben müssen. „2020 war die Black Lives Matter-Bewegung in aller Munde und dadurch ist das Bewusstsein in der Bevölkerung gestiegen. Die weiße Dominanzgesellschaft hatte dementsprechend einen klareren Blick auf die rassistischen Vorfälle, die alltäglich passieren“, erklärt sie. Laut Sandanasamy melden sich viel mehr Zeug:innen als direkt Betroffene bei ZARA.

Positive Vorurteile?

Die Pandemie mag mittlerweile eingedämmt sein, aber der Rassismus gegen Asiat:innen besteht weiterhin. Doch genau wie der Virus, der noch heute sein Unwesen treibt, ist das in der Öffentlichkeit kaum mehr ein Thema. „Es spricht niemand mehr über anti-asiatischen Rassismus. Es gibt immer noch wenig Verständnis dafür“, sagt Noo* von Perilla Zine. Gemeinsam mit der Filmemacherin Weina Zhao, dem Musiker Pete Prison IV und der angehenden Architektin Shi Yin gründete Noo das queer-feministische Netzwerk im Oktober 2020. Das Herzstück ihrer Arbeit besteht aus der Gestaltung von Zines, also kleinformatigen Magazinen, die sie selbst in begrenzter Stückzahl veröffentlichen. Diese sollen allen asiatisch-diasporischen Menschen eine Plattform bieten, um niederschwellig und unzensuriert ihre Erfahrungen und Gedanken teilen zu können, mag das in der Form von Texten, Fotos oder Illustrationen sein. Auch die eigenen Rassismuserfahrungen können im Rahmen dessen künstlerisch verarbeitet werden. Denn im Alltag werden diese eher unter den Teppich gekehrt, wie Betroffene berichten. Dafür gebe es viele verschiedene Gründe.

Der größte sei wohl, dass antiasiatischer Rassismus meist als „positiv“ bezeichnet wird. „Menschen mit asiatischen Wurzeln gelten oft als Vorzeigeminderheiten“, sagt Noo, „aber was viele nicht verstehen, ist, dass diese Stereotype genauso dehumanisierend sind wie andere Formen von Rassismen.“

Die immer gleichen Klischees

Und genau darauf zielt Rassismus ab: Dass Menschen, die davon betroffen sind, als weniger gleichwertig angesehen werden als weiße Personen. Während jene, die der österreichischen Mehrheitsgesellschaft angehören, als vielschichtige Individuen gelten, werden nicht-weiße Personen auf vorgezeichnete und vor allem vorurteilsbehaftete Schablonen reduziert und von Kindesbeinen an als fremd markiert – beispielsweise durch ständige Komplimente zu ihren Deutschkenntnissen. „Rassismus ist nie harmlos und hat letztlich immer negative Folgen“, stimmt Rechtsberaterin Sandanasamy zu. Österreicher:innen mit ost- und süd-ostasiatischem Migrationshintergrund sehen sich etwa häufig mit den Stereotypen des Mathegenies, der sogenannten „Tiger Mom“ – also einer

Mutter, die von ihren Kindern ständig Hochleistungen erwartet – oder des gefühllosen Roboters konfrontiert. Diese können aber auch von Herkunftsland zu Herkunftsland variieren, wie Christiane Gotz von Sentro ergänzt: „Viele glauben, dass die Philippinen nur ein Entwicklungsland sind, alle Philippiner:innen aus armen Verhältnissen kommen und froh sein sollten, dass sie jetzt in Österreich leben. Dabei gibt es viele, die wohlhabend oder sehr gut ausgebildet sind.“

Die Aktivist:innen sind sich jedoch einig: Es gibt weitaus mehr Gründe, warum anti-asiatischer Rassismus in Österreich weitgehend unterm Radar fliegt. Schuld daran sei auch die praktische Unsichtbarkeit der betroffenen Diaspora im Land. Wie groß diese tatsächlich ist, lässt sich nur schwer eruieren. Laut Statistik Austria wurden rund 59.087 Personen, die Anfang des Jahres in Österreich lebten, in einem ost- bzw. südostasiatischen Land geboren, während 38.769 Personen Staatsbürger:innen eines ost- bzw. südostasiatischen Landes waren. In beiden Fällen dominieren die Herkunftsländer China, Philippinen und Thailand. Doch hier enden bereits die Zahlen – wie viele österreichische Staatsbürger:innen Wurzeln in dieser Region haben, wurde nicht erfasst.

Klar ist jedoch, dass die Diaspora einen erheblichen Teil der österreichischen Bevölkerung ausmacht – und dennoch mangelt es ihr an Repräsentation auf allen Ebenen. „Es gibt bis heute wenige Geschichten über asiatisch-diasporische Menschen in Österreich – und die wenigen, die es gibt, werden noch seltener von ihnen selbst erzählt“, sagt Filmemacherin Weina Zhao, die ebenfalls bei Perilla Zine aktiv ist. Stattdessen würden diese an die Bedürfnisse eines weißen Publikums angepasst und auf gängige Klischees reduziert. „Wenn du dich über diese Stereotype beschwerst, heißt es meistens, dass es nicht so schlimm sei und man es nicht ernst nehmen soll.“



Weina Zhao und Noo* gründeten 2020 gemeinsam mit anderen das Netzwerk „Perilla Zine“. Herzstück der Arbeit sind unter anderem kleinformatige Magazine, in denen asiatisch-diasporische Menschen ihre Erfahrungen und Gedanken teilen können.

Erstes deutschsprachiges Archiv

Dieser Mangel an Repräsentation bewirkt auch, dass die Lebensrealitäten eines großen Teils der Bevölkerung ausradiert werden. Um dem etwas entgegenzusetzen, startete Perilla Zine im Sommer 2023 mit „Wandapanda & Tiger“ das erste deutschsprachige Archiv der asiatischen Diaspora. Mit diesem zogen sie durch Wien, um die Geschichten der betroffenen Communitys zu

„VIELE VERSTEHEN NICHT, DASS DIESE ‚POSITIVEN‘ STEREOTYPE GENAU SO DEHUMANISIEREND SIND.“

sammeln. Begleitet wurden diese von Lesungen, Konzerten, Filmscreenings und Performances im öffentlichen Raum. „Die Idee dahinter war, dass wir die Community einerseits zusammenbringen und andererseits sichtbar machen wollten“, sagt Zhao. „Gleichzeitig war es uns auch wichtig, die Kontinuität der asiatisch-migrantischen Geschichte in Österreich aufzuzeigen.“ Heute findet man das Archiv in der C3-Bibliothek für Entwicklungspolitik in Wien. Dass die Diskriminierung asiatischer Diasporen als „weniger schlimm“ an-

gesehen wird, sei ein grundlegendes Problem. Man könne nur etwas gegen Diskriminierung tun, wenn man diese vorher anerkennt. Eine Möglichkeit ist etwa, sich direkt an ZARA zu wenden. Doch damit diese und ähnliche Institutionen ihre Arbeit machen können, braucht es viel mehr Fördergelder. Das gilt auch für Kulturvereine wie Sentro oder politische queer-feministische Organisationen wie Perilla Zine. Finanzielle Unterstützung erhalten sie aber viel zu wenig, sagen die Aktivist:innen übereinstimmend. Dessen ungeachtet hofft Arlene Castañeda mit der Kulturarbeit ihres Vereins Sentro nicht nur die Menschen mit philippinischen Wurzeln zu unterstützen, die bereits länger hier leben, sondern auch jene, die frisch angekommen sind. „Ich sehe es als unsere Arbeit, einerseits mehr Bewusstsein für sie in der Bevölkerung zu schaffen, und ihnen andererseits bei der Navigation in der neuen Heimat zu helfen“, sagt sie und unterstreicht: „Nur so können wir ein gutes Miteinander schaffen.“

*Nachname der Redaktion bekannt

Salme Taha Ali Mohamed arbeitet aktuell als Redakteurin der Wiener Bezirkszeitung.



NEUER ALTER HASS

Was haben die Oper „Madame Butterfly“, der Science-Fiction-Film „Ex Machina“ und Donald Trump gemeinsam? Sie alle sind in die Kritik geraten, antiasiatische Stereotype zu bedienen. Die Geschichte zeigt: Rassistische Klischees über Asiat:innen haben eine jahrhundertealte Tradition. Ein „Best-of“ anti-asiatischer Stereotype.

Text: Vina Yun



Die Dämonisierung asiatischer Speisen und Essenstraditionen – oder was dafür gehalten wird – lässt sich weit in die Vergangenheit zurückverfolgen. Mitte des 19. Jahrhunderts etwa, kurz nachdem chinesische Arbeitsmigrant:innen in großer Zahl in die USA einwanderten, kursierten Gerüchte, dass Ratten regelmäßig auf deren Speiseplan stehen würden.

In jüngerer Zeit spiegelte sich die rassistisch gefärbte Rhetorik in der Angst vor dem Geschmacksverstärker Glutamat, der nach Meinung einiger gesundheitsschädigend wirkt und sich im vermeintlichen „China-Restaurant-Syndrom“

IM 20. JAHRHUNDERT ERFUHR DIE SINOPHOBIE IN DER WESTLICHEN WELT EIN HOCH.

niederschlägt. Ebenso wie in Hetzkampagnen gegen angeblich krebserregende Bubble Teas oder in den Medienberichten über die „Gammel-Teigtascherl“ der „Wan-Tan-Mafia“, die asiatisches Essen als minderwertig und gefährlich darstellten.

Seuchenherde und Killerviren

Deutsche Politiker sprechen sich gegen die Einwanderung von Chines:innen aus, da diese die „Chinesenpest“ einschleppen würden, das deutsche Außenministerium bezeichnet chinesische Orte als Stätten „des unergründlichen Schmutzes“ – so geschehen Anfang des 20. Jahrhunderts, als die Sinophobie in der westlichen Welt ein Hoch erlebte. Immer wieder wurden dabei die angeblich primitiven Ess- und Lebensgewohnheiten der „Fremden“ für die Entstehung und Verbreitung von

Pandemien verantwortlich gemacht. Mehr als ein Jahrhundert später reaktivierten der nun bald wieder amtierende US-Präsident Donald Trump und andere Rechtspopulist:innen mit der Rede vom „China-Virus“ oder von „Kung Flu“ das alte Bedrohungsszenario. Auch deutschsprachige Medien wie „Der Spiegel“ leisteten entlang Titelschlagzeilen wie „Corona-Virus. Made in China. Wenn die Globalisierung zur tödlichen Gefahr wird“ anti-asiatischen Ressentiments Vorschub.

„Gelbe Gefahr“

Die Bezeichnung „gelbe Gefahr“ entstand im späten 19. Jahrhundert in den USA, verbreitete sich aber schon bald in Europa in der Zeit des Imperialismus. Im US-Diskurs standen vor allem die Arbeitsmigration aus den Ländern Asiens samt anti-chinesischer Einwanderungspolitik im Fokus. Die Sorge um „Billigkonkurrenz“ am Arbeitsmarkt durch asiatische Menschen übertrug sich später auch auf europäische Länder. In Deutschland gewann der Begriff u. a. in Folge des Boxeraufstands (1899–1901) an Popularität, der nationalistischen Bewegung Chinas gegen die europäischen, US-amerikanischen und japanischen Imperialisten. Damals avancierte die „gelbe Gefahr“ auch zum beliebten Motiv politischer Karikaturisten.

Der Topos der „gelben Gefahr“ stützt sich auf zwei Unterstellungen: Asiat:innen wollen sich nicht in westliche Ordnungen eingliedern, können aber deren Strukturen geschickt unterwandern und vereinnahmen. Zudem würden sie sich massenhaft in Form einer „robotischen“ Invasion im Westen ausbreiten – stetig, hartnäckig und perfekt synchronisiert.

Zu Beginn der Covid-19-Pandemie verbreitete sich die Nachricht, dass ein Straßenmarkt im chinesischen Wuhan der mögliche Ursprungsort des Coronavirus sei. Vor diesem Hintergrund erlebte ein altes Klischee neuen Aufschwung: Chines:innen würden sonderbare Essgewohnheiten pflegen und mit Vorliebe Hunde, Fledermäuse sowie andere „bizarre“ Tiere verzehren.

Techno-Orientalismus

Mit dem Begriff „Orientalismus“ wird die Konstruktion von Orientbildern durch die europäischen Kolonialmächte im 19. Jahrhundert kritisiert. Die Vorstellung des „Orients“ als bedrohlich und rückständig diene hauptsächlich dazu, die Überlegenheit und Dominanz des Westens zu legitimieren.

„Techno-Orientalismus“ stellt eine Aktualisierung des bisherigen Orientalismus-Begriffs dar. Er beschreibt das Phänomen, Asien (insbesondere den japanischen Kontext) nicht mehr als gestrig, sondern als futuristisch oder hyperproduktiv zu inszenieren. Eine Wendung, die nur vordergründig positiv erscheint – denn auch im Techno-Orientalismus mutet „das Asiatische“ gefährvoll an: als kalte, maschinenartige und autoritäre Kultur, die ohne emotionale Verbindung zum Rest der Welt agiert.

Viele populäre Science-Fiction-Werke zeichnen sich durch Techno-Orientalismus aus, etwa wenn asiatische Körper als Cyborgs oder KI-Roboter auftreten. Ein Beispiel ist die „exotische“ Androïdin Kyoko im bekannten Sci-Fi-Thriller „Ex Machina“ von Alex Garland. Sie ist eine stumme Figur, die vom Dienstmädchen und Sexspielzeug zur Killerin wird. Im Gegensatz zur weißen jungfräulichen Hauptfigur, dem Roboter Ava, bleibt Kyoko gefangen in ihrer Programmierung – ohne die Kreativität oder den Willen, ihr Schicksal zu ändern.

Mythos „Model Minority“

Lange Zeit blieb antiasiatischer Rassismus von weißen Mehrheitsgesellschaften unbeachtet oder wurde verharmlost. Weiterhin werden Anfeindungen gegen asiatisch gelesene Menschen – von verbalen Mikroaggressionen über strukturelle Diskriminierung bis hin zu physischen Übergriffen und Morden – nur selten als Ausdruck systemischer Gewalt wahrgenommen. Ein

Grund dafür könnte sein, dass asiatische Migrant:innen als Musterbeispiel für gelungene Integration inszeniert werden: Sie seien besonders fleißig, anpassungsfähig, still.

Der Mythos der „Model Minority“ („Vorzeigeminderheit“) relativiert den Rassismus, dem asiatische Menschen (oder die als solche wahrgenommen werden) tatsächlich ausgesetzt sind. Zudem wirkt er spaltend und entsolidarisierend – wird doch die Zuschreibung als „gute Migrant:innen“ eingesetzt, um die Diskriminierungserfahrungen anderer Gruppen zu delegitimieren.

Nicht zuletzt kann die Erzählung über die „Vorzeigeminderheit“ als Kehrseite der „gelben Gefahr“ gelesen werden. Denn auch sie ist eng verknüpft

DER MYTHOS DER „VORZEIGEMINDERHEIT“ RELATIVIERT DEN RASSIMUS.

mit dem Bild von Asiat:innen als roboterhaften Wesen – effizient und bereit, außergewöhnliche Leistungen zu vollbringen –, eine Vorstellung, die deren Entmenschlichung weiter Vorschub leistet.

Dragon Lady & Lotusblüte

In seinen Reiseberichten aus dem 13. Jahrhundert beschrieb Marco Polo u. a. die tausenden Frauen Kublai Khans und die Prostituierten außerhalb des kaiserlichen Palastes in Peking. Wie viel davon der Wahrheit entsprach, ist bis heute umstritten. Ein definitives Produkt westlicher männlicher Imagination war das Bild der „orientalischen Frau“, die im europäischen Kolonialismus in Erscheinung trat – passiv, willig, in Schweigen gehüllt. Der „Orient“ wurde dabei zum Ort der Verführung und verbotenen Sexualität stilisiert.

Ende des 19. Jahrhunderts erreichte die exotisierende Perspektive auf asiatische Frauen mit Pierre Lotis Bestsel-

ler „Madame Chrysanthème“ einen Höhepunkt. Der Roman inspirierte die Oper „Madame Butterfly“ und das Broadway-Musical „Miss Saigon“. Alleamt sind die Hauptfiguren Kurtisanen, die sich für den weißen Mann aufopfern. Von „Die Welt der Suzie Wong“ bis Stanley Kubricks Antikriegsfilm „Full Metal Jacket“ – die Liste der Repräsentation von Asiatinnen als Sexarbeiterinnen ließe sich noch lange fortsetzen.

In westlichen Kulturproduktionen sind asiatische Frauen meist einer dieser stereotypen Kategorien zugeordnet: die „Dragon Lady“ – unnahbar, manipulativ und ihre Sexualität nutzend, um Männer zu kontrollieren. Oder die „Lotusblüte“, die ihre bedingungslose Hingabe und Opferbereitschaft auszeichnet. Die Fetischisierung und Hypersexualisierung asiatischer Frauen in der westlichen Kulturindustrie und deren fehlende Diversität gehen dabei Hand in Hand.

Noch immer werden asiatisch aussehende Darsteller:innen in dieselben klischeehaften, eindimensionalen Rollen gesteckt: Mitglied der chinesischen Mafia, Sexarbeiterin im Massagesstudio, Frau eines älteren weißen Ehemanns. Stereotype wie diese prägen aber nicht nur das, was wir auf der Leinwand sehen – sie beeinflussen auch, wie asiatische Menschen im realen Alltag wahrgenommen und behandelt werden.

Der Text basiert auf dem ausführlichen Beitrag „Antiasiatische Stereotype in Musik, Theater und Film“, der im Frühjahr 2025 im Sammelband „Ver_Üben. Diversität als diskriminierungskritische Praxis in Kunst, Kultur und Bildung“ bei transcript erscheint (Hg. Ulli Mayer, Andrea Ellmeier, Gerda Müller).

Vina Yun ist freie Autorin in Wien. 2017 veröffentlichte sie den semidokumentarischen Comic „Homestories“ über die koreanische Diaspora in Wien.

DIE VERGESSENEN „GAST- ARBEITERINNEN“

Am Beginn vieler österreichischer Migrationsgeschichten steht die Arbeit. So auch bei vielen Frauen aus den Philippinen oder Korea. Erzählt werden die Geschichten dieser „Gastarbeiterinnen“ allerdings bis heute kaum.

Text: Naz Küçüktekin

Mehr als 10.000 Kilometer Luftlinie entfernt von ihrer Familie hat für Leonora Rayo vor knapp acht Monaten ein neuer Lebensabschnitt begonnen. Im Februar 2024 verabschiedete sich die 34-jährige ausgebildete Krankenpflegerin von ihrem 15-jährigen Sohn und ihrem Ehemann, um von Manila, der Hauptstadt der Philippinen, an das andere Ende der Welt zu fliegen. Denn in Österreich wartete schon ein Arbeitsvisum sowie ein Vertrag für eine Stelle in einem Pflegeheim auf sie.

Seit Anfang März 2023 arbeitet sie in der Casa Kagran im 22. Wiener Bezirk, in dem mehr als 100 Senior:innen betreut werden. „Es läuft gut,“ antwortet Rayo auf die Frage, wie es ihr gehe. Die Arbeit sei leichter als auf den Philippinen. Hier müsse sie keine 12-Stunden-Schichten machen. Auch mit der Sprache



Leonora Rayo ist eine der vielen Pflegekräfte von den Philippinen, die zur Arbeit nach Österreich gekommen sind. Die Entfernung zur Heimat und der Familie erschwert das Leben im neuen Land.

tue sie sich immer leichter. Acht Stunden in der Woche lernt sie in einem Kurs fachspezifisches Vokabular. Ihre Freizeit verbringt sie vor allem mit vier anderen Frauen aus den Philippinen, die zeitgleich mit ihr in dem Pflegeheim zu arbeiten begonnen haben. Ihre Familie ruft Rayo jeden Tag an. Morgens und abends. „Aber manchmal will mein Sohn nicht mit mir sprechen“, erzählt sie. Er nehme es ihr wohl übel, dass sie nun so weit weg von ihnen ist. Es sind tausende philippinische Pflegekräfte, die jedes Jahr ihr Heimatland verlassen, um im Ausland zu arbeiten. Laut dem philippinischen Gesundheitsministerium arbeiteten im Jahr 2021 mehr als die Hälfte der Pflegerinnen im Ausland.

Abwanderung gut ausgebildeter Menschen

Auf den Philippinen gebe es durchaus eine Strategie, Personen im Pflegebereich für eine spätere Migration auszubilden, sagt Petra Dannecker, Leiterin des Instituts für Internationale Entwicklung der Universität Wien. Finanziert werde dies jedoch von den philippinischen Steuerzahler:innen. Und für das Land selbst bedeute es eine Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen.

Für Leonora Rayo war die Möglichkeit, ihrer Familie mit ihrem neuen Job finanziell aushelfen zu können, die Hauptmotivation auszuwandern: „Anfangs wollte das meine Familie eigentlich gar nicht, aber dann haben sie eingesehen, dass es das Beste für unseren Sohn ist.“ Er hat von Geburt an eine schwere Behinderung und sitzt im Rollstuhl. Seine medizinische Versorgung sei teuer und werde kaum von der philippinischen Gesundheitskasse übernommen. 400 Euro verdient eine diplomierte Kranken- und Gesundheitspflegerin im Schnitt umgerechnet auf den Philippinen. In Österreich



Christiane Gotz setzt sich dafür ein, dass auch die Geschichten der nachfolgenden Generationen erzählt werden.

kann Rayo mit ihrer Ausbildung rund das Fünffache erwirtschaften.

Buhlen um ausländische Fachkräfte

Mit diesem Wissen und angesichts des sich zunehmend zuspitzenden Pflege-notstands buhlen westliche Länder immer mehr um Menschen wie Rayo. Auch

DIE MEDIZINISCHE VERSOR- GUNG IHRES SOHNES IST TEUER. SO BESCHLOSS RAYO, HIER ZU ARBEITEN.

Österreich mischt hier ganz vorne mit. Heimische Spitäler und Pflegeeinrichtungen kämpfen seit Jahren mit einem Personalmangel, die Corona-Krise hat die Lage zusätzlich verschärft. Aktuell sind österreichweit 7.500 Stellen im Pflegesektor unbesetzt. Berechnungen

des Sozialministeriums gehen davon aus, dass bis 2030 76.000 Beschäftigte fehlen werden.

Um Fachkräfte anzuwerben, reiste der Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich, Karlheinz Kopf, im Oktober 2023 höchstpersönlich mit einer Delegation nach Manila. Schon im Juli zuvor hatten die Wirtschaftskammer, die Stadt Wien sowie die philippinische Botschaft ein Anwerbeabkommen, ein sogenanntes Memorandum of Understanding unterzeichnet. Auch das österreichische Arbeits- und Wirtschaftsministerium schloss im Vorjahr mit den Philippinen ein solches Abkommen ab. Dieses ermöglicht unter anderem einen einfacheren Zugang zur Rot-Weiß-Rot-Karte – und damit zum österreichischen Arbeitsmarkt. Umfassende Vorabinformationen über das Zielland und den

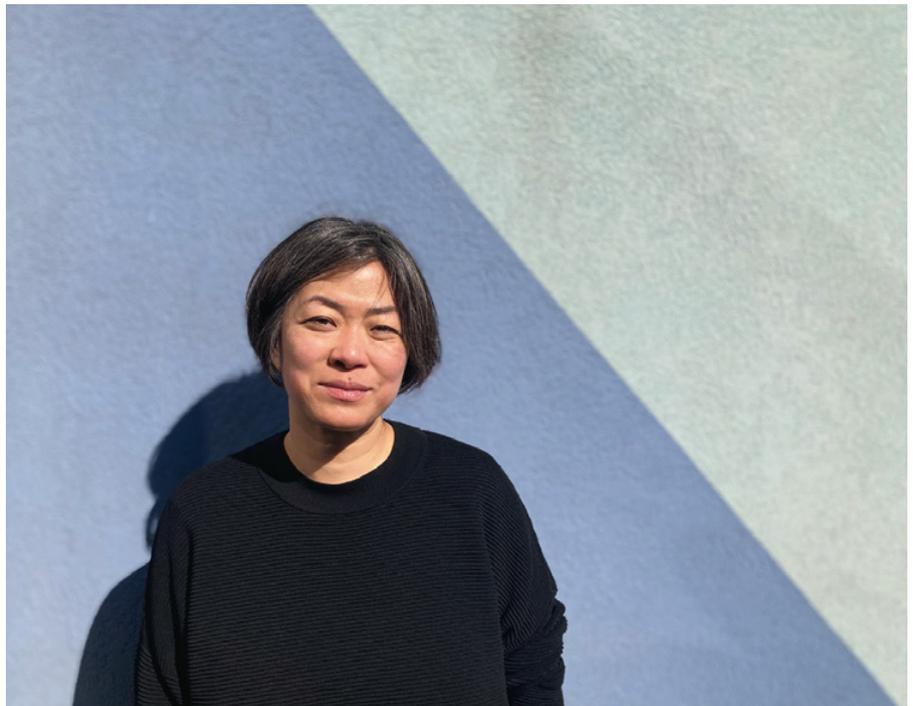
konkreten Job sowie Deutschkurse sollen den Prozess erleichtern. Fehler der Vergangenheit, wo auf genau diese Unterstützungsmaßnahmen wenig Wert gelegt wurde, sollen so nicht wiederholt werden.

Unsichtbare Migrationsgeschichten

Denn Menschen aus dem Ausland zu rekrutieren, um Lücken am österreichischen Arbeitsmarkt zu füllen – das ist schließlich kein neues Prinzip. Bereits ab den 1970er Jahren war das sogenannte „Gastarbeiter“-Konzept gang und gäbe. Österreich erlebte zu der Zeit ein Wirtschaftswunder, Arbeitskräfte wurden händeringend gesucht. Mit Menschen aus dem Ausland wollte man sich aushelfen. Die „Gastarbeiter“ sollten ihre Dienstleistung zur Verfügung stellen, dann aber auch wieder gehen. Das war zumindest der Plan. Heute weiß man: Große migrantische Communitys, wie die türkische oder ex-jugoslawische, gehen vor allem auf diese Zeit und diese Menschen zurück. Aus den „Gästen“ wurden mit der Zeit Mitbürger:innen.

Wird die Geschichte von sogenannten „Gastarbeiter:innen“ erzählt, finden Menschen, vor allem Frauen, aus Ländern wie den Philippinen, aber auch Korea und Indien allerdings kaum Erwähnung. Dabei kamen von 1973 bis 1985 im Rahmen eines Rekrutierungsprogramms einige Hundert philippinische, koreanische, aber auch indische Krankenschwestern nach Österreich. Vina Yun, selbst 1974 als Tochter koreanischer Einwander:innen in Österreich geboren, folgt in ihrem 2017 erschienenen Werk „Homestories“ eben dieser kaum erzählten Migrationsgeschichte. In dem semidokumentarischen Comic erzählt sie vom Aufwachsen der Kinder von koreanischen Einwander:innen von damals sowie der sogenannten zweiten Generation.

„Bei der ersten Generation war der



„Migrationsgeschichte findet in Österreich kaum Platz“, sagt Vina Yun. Migration sei aber vielmehr die Normalität, nicht die Ausnahme.

Fokus vor allem, sich anzupassen. Von daher hat sich diese Gruppe vielleicht sogar überintegriert. Mir wurde zum Beispiel die Sprache meiner Mutter nicht weitergegeben“, erzählt auch Christiane Gotz. Die Tochter einer Filipina und eines Österreicherers brachte 2022 den Sammelband „Common Divorces: Junge Filipin@s im deutsch-

BEI DER GESCHICHTE DER „GASTARBEITER:INNEN“ FINDEN MENSCHEN AUS ASIEN KAUM ERWÄHNUNG.

sprachigen Raum“ mit heraus. Mit ihren Engagements wollen Vina Yun und Christiane Gotz Kindern der jeweiligen zweiten Generation ein Stück weit ihre Geschichten erzählen. Für sich. Und für die Gesellschaft.

Dass das bisher kaum gemacht wurde, hat für Yun vor allem zwei Gründe. „Zum einen waren es damals vor allem Frauen, die nach Österreich migrierten“, sagt sie. Und Frauengeschichten seien oftmals jene, die marginalisiert und unsichtbar gemacht werden. Als zweiten

Grund sieht sie die Erinnerungskultur in Österreich. Beziehungsweise die Lücken darin. „Migrationsgeschichte findet hier kaum Platz“, so Yun. Österreich verstehe sich bis heute nicht als Migrationsgesellschaft. Aber Migration sei vielmehr die Normalität, nicht die Ausnahme. Und die migrantischen Communitys seien genauso Teil der österreichischen Gesellschaft. „Und die Communitys würden ohne diese Frauen erst gar nicht existieren“, betont sie. Viele der damals gekommenen Frauen leben heute als Pensionistinnen in Österreich.

Auch Leonora Rayo sieht ihre Zukunft an ihrem neuen Wohnort. Sobald ihr Nostrifizierungsverfahren abgeschlossen ist, will sie ihren Sohn und ihren Ehemann auch nach Wien nachholen.

Naz Küçüktekin war bei der Wiener Bezirkszeitung, dem biber Magazin, bei Profil und zuletzt beim Kurier tätig, wo sie sich im Ressort „Mehr Platz“ vor allem mit migrantischen Lebensrealitäten beschäftigte. Das tut sie nun weiterhin als freie Journalistin.

EIN STÜCK HEIMAT MITTEN IN WIEN

25 Jahre PROSI: Ob Zutaten für die indische, vietnamesische, mexikanische oder nigerianische Küche, wer in Wien wohnt, weiß, beim PROSI gibt es alles. Menschen aus der asiatischen Diaspora – und nicht nur sie – finden hier in Wien Neubau ein Stück Zuhause.

Text und Fotos: Lotte Blumenberg

Grüne Schrift auf knalligem Gelb mit einem roten Rand – das PROSI-Logo ist alles andere als unauffällig. Der PROSI Exotic Supermarket ist eine Institution in Wien. Seit 25 Jahren versorgt er seine Kundschaft mit Waren aus aller Welt. Die Lage am Neubaugürtel, Ecke Kandlgasse, vis-à-vis von einem Erotik-Nachtclub, löst zunächst keine Gefühle von der weiten Welt aus. Ganz anders jedoch, sobald man die drei Stufen in den Supermarkt hinuntergeht. Es riecht intensiv nach Curry, vermischt mit einer Vielzahl anderer Gewürze. Die gut gefüllten Regale erstrecken sich nach links, rechts und geradeaus. Auf den ersten Blick wirkt PROSI nicht sehr groß, auf den zweiten Blick ist die Auswahl auf 400 Quadratmetern riesig. Prince Pallikunnel kam 1990 aus Indien nach Österreich zum Studieren und eröffnete 1992 einen kleinen indischen Laden, gemeinsam mit einem Geschäftspartner. Der PROSI-Supermarkt an seiner heutigen Adresse entstand im



Sunaria Heilmann wohnt in Baden bei Wien, aber fährt zwei- bis dreimal pro Monat für den Einkauf in den Supermarkt nach Wien: „Wer Essen liebt und gerne kocht, kommt hierher.“

Oktober 1999, zunächst auf 120 Quadratmetern. Die heutige „PROSI Exotic World“, bestehend unter anderem aus zwei Supermärkten, einem Restaurant und einem Kosmetiksalon, ist ein Familienbetrieb, an dem unter anderem Pallikunnels Geschwister und seine Tochter beteiligt sind. Der Name ist eine Abkürzung und steht für Politeness, Respect, Obedience, Service, In-

timacy, erklärt Prince Pallikunnel beim Interview in seinem Büro, das in einem Seitengang des Supermarkts liegt. „Intimacy“ bedeute in diesem Kontext, dass es um die persönliche Beziehung zu den Kund:innen gehe. Man sei wie eine Familie. In einem gewöhnlichen österreichischen Supermarkt gehe es eher anonym zu. Personal und Kundschaft kennen sich in der Regel nicht.

Bei PROSI sei das anders, er kenne seine Kund:innen und begrüße sie persönlich. Manchmal werde er sogar in der U-Bahn erkannt und mit „Hallo, Prosi“ angesprochen, erzählt Pallikunnel.

Ein Stück Philippinen in Wien

Die Entwicklung von einem kleinen indischen Geschäft hin zu einem Supermarkt mit mehr als 10.000 Produkten aus über 60 Ländern ist durch die große Nachfrage entstanden. Pallikunnel erzählt, dass in seinem ersten Geschäft immer wieder Menschen aus anderen asiatischen, aber auch aus afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern nach Produkten fragten, die sie aus ihrer Heimat kannten. So entstand die Idee des „ersten exotischen Supermarkts“ in Österreich. Bis heute sei es so, dass auf Nachfrage spezielle Produkte besorgt werden können, erzählt John Mark Bacolod, der seit zehn Jahren in Wien lebt und ebenso lange Kunde bei PROSI ist. Er kauft mehrmals die Woche bei PROSI ein und hebt die große Auswahl hervor: „Alle Zutaten, die ich von zuhause kenne und zum Kochen brauche, kann ich bei PROSI kaufen.“ Der Supermarkt gebe ihm das Gefühl, einen Teil seiner philippinischen Heimat in Wien zu haben.

Auch Sunaria Heilmann kauft schon seit Langem bei PROSI ein. Als sie ihren Einkaufswagen durch die Gänge schiebt, wird sie herzlich von Greshma Pallikunnel, der Tochter von Prince Pallikunnel, begrüßt: Man kennt sich. Sunaria Heilmann erzählt, dass sie Kundin der ersten Stunde sei. Sie kam vor mehr als 30 Jahren aus Indien nach Österreich und lebt inzwischen mit ihrem österreichischen Mann in Baden bei Wien. Sie kauft zwei- bis dreimal im Monat bei PROSI ein. Meistens sei es ein Großeinkauf, heute jedoch nicht, da sie nicht mit dem Auto da ist. In ihrem Einkaufswagen liegen unter anderem gefrorene Jackfruit, ein Curry-Fertigge-



John Mark Bacolod kauft mehrmals pro Woche bei PROSI ein: „Hier gibt es alle Zutaten, die ich von zuhause kenne und zum Kochen brauche.“

richt, Gewürzmischungen für ein Gericht mit Kokosmilch und Upma, eine Art indischer Grießbrei. „Das Besondere an PROSI ist die große Auswahl an Waren aus aller Welt. Ich bin viel gereist und esse auch gerne zum Beispiel persische oder thailändische Küche, das gibt es hier alles. Wer Essen liebt und gerne kocht, kommt hierher“, sagt sie lachend. Mindestens so divers wie die Waren ist auch die Kundschaft: „Am An-

MITTLERWEILE FÜHRT DER PROSI-SUPERMARKT MEHR ALS 10.000 PRODUKTE AUS ÜBER 60 LÄNDERN.

fang hatten wir circa zehn Prozent österreichische Kundschaft, jetzt sind es schon 35 Prozent. Viele Leute reisen in die Ferne und wollen dann hier in Wien auch ab und zu die Gerichte essen, die sie von ihren Reisen kennen“, erläutert Pallikunnel. Die restliche Kundschaft teile sich auf in Menschen aus asiatischen, afrikanischen, lateinamerikanischen und europäischen Ländern. Im September 2024 wurde der Supermarkt mit dem Genuss Award der Wirtschaftskammer in der Kategorie „Feinkost“ ausgezeichnet. Er sei eine „kulinarische Weltreise mitten in Wien“.

Ein Großteil der PROSI-Geschäfte (Supermarkt, Restaurant und Kosmetikstudio) befindet sich in der Kandlgasse im siebten Bezirk – wohin das Auge schaut, ist das PROSI-Logo in verschiedenen Varianten zu sehen. Jedes Jahr im Juni findet dort auch ein großes Straßenfest mit Musik und Essen, das PROSI Exotic Festival, statt. Das sei einfach ein Dankeschön an die Kund:innen, sagt Pallikunnel. Auch Kochkurse gibt es, sie finden jeden Freitag direkt im Supermarkt statt. Gekocht werden Gerichte aus aller Welt, an vielen Terminen indische Küche. Anfang 2024 eröffnete eine zweite Filiale im Citygate Einkaufszentrum im 21. Bezirk.

Das PROSI-Universum wächst weiter und versorgt die Kundschaft in Wien mit allem: von Kochbananen und frischen Chilis über Tee aus der asiatischen Ume-Pflaume bis hin zu Ramen-Nudeln, eingelegtem Ingwer, japanischen Mochis und mindestens neun verschiedenen Sorten Fischsoße. Und bringt damit ein Stück Heimat für viele Menschen nach Wien.

Lotte Blumenberg ist freie Journalistin in Wien und schreibt unter anderem für das Südwind-Magazin. Ihre Schwerpunkte sind Ungleichheit, Rassismus und Feminismus.



MACHTFRAGEN

Wollen wir es wirklich wissen?

Manche meinen, die Demokratie müsse eine FPÖ-Regierungsbeteiligung schon aushalten. Doch die Liste der Schäden, die sie – mit und ohne Regierungsverantwortung – bereits angerichtet hat, ist lang.

TEXT: OLIVERA STAJIĆ

Illustration: P.M. Hoffmann



Auch durch Beschimpfungen und Herabwürdigungen wird die inhaltliche Diskussion als elementarer Bestandteil der Demokratie untergraben.

Es scheint derzeit (Stand 31. Oktober 2024), als würde die nächste österreichische Regierung ohne die Beteiligung der FPÖ zustande kommen. Im Vorfeld gab es hitzige Diskussionen, wie und ob eine FPÖ-Regierungsbeteiligung unserer Demokratie schaden würde. Das müsse eine Demokratie schon aushalten, lautete ein gängiges Argument. Diese Forderung

kann man nur dann für valide halten, wenn man die letzten Jahrzehnte verschlafen hat. Immerhin mischt die Partei seit Anfang der 1990er ganz vorne in der österreichischen Politik mit und war bisher an zwei Regierungen beteiligt. Die Liste der Schäden, die sie der Demokratie bereits zugefügt hat, ist lang.

Überall Feinde

Die FPÖ ist eine rechtspopulistische Partei, deren rechter Rand personell und ideologisch als rechtsradikal bezeichnet werden kann. Als solche gehört es zu ihrer DNA, antidemokratische Ideen zu verfolgen und ihre Rhetorik darauf zu bauen. Eines der besonders gefährlichen Merkmale einer rechtspopulistischen Partei beherrscht der der-

**Der Ton ist rauer geworden,
die Feindbilder drastischer.
All das verdrängt
sachliche Debatten.**

zeitige FPÖ-Chef Herbert Kickl ausgezeichnet: Andere Parteien und ihr Personal werden nicht bloß als politische Konkurrenz, sondern dezidiert als Feinde angesehen und systematisch diffamiert. Das erfolgt zunächst durch verbale Angriffe.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen wird als „Mumie in der Hofburg“ oder als „senil“ bezeichnet. Die Umweltministerin Leonore Gewessler nannte er „Hexe“, den ÖVP-Generalsekretär Christian Stocker einen „geistigen Einzeller“. Mit diesen verbalen Ausfällen bewirkt Kickl zweierlei: Erstens festigt er das Prinzip „Wir gegen alle“ und macht sich so bei seinem Publikum glaubwürdiger. Wenn man schimpft und

Personen beleidigt, spart man sich außerdem das inhaltliche Argumentieren. Damit wird die inhaltliche Diskussion als elementarer Bestandteil einer funktionierenden Demokratie untergraben.

Diskursverschiebung

Neben der Verrohrgung der Sprache gehört auch die gezielte Diskursverschiebung zum festen Merkmal der Rechtspopulisten. Selbst wenn die FPÖ nicht in der nächsten Regierung sitzt, hat sie thematisch bereits viel gewonnen. Einer dieser Siege ist die erfolgreiche Verschiebung der Diskussionslinie zugunsten eigener, radikaler Ideen. Die Art und Weise, wie in Österreich in politischen und medialen Sphären etwa über Minderheiten, Migration oder das Gendern gesprochen wird, hat sich in den letzten Jahren merklich geändert. Der Ton ist rauer geworden, die Feindbilder sind drastischer gezeichnet, der Kulturkampf und die ideologischen Vorbehalte verdrängen sachliche Debatten.

Kulturkampf

Längst setzt die FPÖ also auch in Opposition eigene Themen, andere politische Parteien vor sich hertreibend. Migration hat den vergangenen, an Inhalten armen Wahlkampf beherrscht, und nicht etwa die Inflation oder die Klimakatastrophe. Dabei wären diese Themen, beziehungsweise die Folgen dieser aktuellen Entwicklungen für „den kleinen Mann“, den die FPÖ zu vertreten behauptet, durchaus von Interesse. Schließlich sind es die wirtschaftlich Schwächeren, die unter der Teuerung am meisten leiden, beziehungsweise die Folgen der klimatischen Veränderun-

gen am stärksten spüren werden. Doch stattdessen setzt die FPÖ stets auf Kulturkampf. „Nationalistische Rhetorik, Homophobie, ideologische Besessenheit mit Flüchtlingen und der Gender-Perspektive sowie andere Parolen, die Minderheiten ausschließen“ – so fassen die polnischen Politolog:innen Piotr Żuk und Anna Pacześniak die „kulturellen Instrumente“ zusammen, derer sich Rechtspopulist:innen weltweit bedienen. Fast alle diese Themen gehören auch zum festen Repertoire der FPÖ.

Mediale Echokammer

Zum demokratieschädigenden Kulturkampf der Rechtspopulisten gehört außerdem eine spezifische Medienstrategie. Wie diese aussieht, fasst der Politikberater Johannes Hillje für die Bundeszentrale für politische Bildung zusammen: „Die Propaganda 4.0 besteht aus vier Elementen. Der Delegitimierung der klassischen Medien, der Schaffung digitaler Alternativmedien, der Bildung einer kollektiven Identität mit Hilfe dieser eigenen Digitalkanäle sowie ein zunächst schizophren anmutendes, aber in Wahrheit strategisch-instrumentelles Verhältnis zu journalistischen Massenmedien.“ Ähnlich wie es die PiS in Polen getan hat, es Viktor Orbán in Ungarn und Aleksandar Vučić in Serbien sehr erfolgreich an die Spitze getrieben haben, arbeitet auch die FPÖ seit Jahren stetig an der exakt gleichen Medienstrategie. Die Rechtspopulist:innen entziehen sich systematisch der Medienkritik, füttern ihre Anhänger:innen mit parteiischen Inhalten und diffamieren demokratische und freie Medien. Das ist „im Kern demokratiefeindlich“, sagt Hillje, denn Medien als „vierte Gewalt“ sind eine wichtige Kontrollinstanz der Demokratie. Die Parteisympathisant:innen der Rechtspopulist:innen begeben sich aber in eine antidemokratische mediale

Echokammer, in der es keine Kritik und Gegenstimme gibt, sondern lediglich parteiische und ideologisch gefärbte Inhalte. Demokratische und freie Medien verlieren unter den Anhänger:innen parallel an Glaubwürdigkeit. Auch in Österreich. Das zeigen Daten einer unmittelbar vor der letzten Nationalratswahl vom Gallup-Institut und dem Medienhaus Wien durchgeführten Onlinebefragung. Während zwei Drittel der Befragten meinten, die Medien berichten grundsätzlich fair und objektiv, sind es unter FPÖ-Sympathisant:innen lediglich 44 Prozent.

Regierung Kurz I

Die Liste der strategischen Schläge mit Langzeitwirkung, die die FPÖ gegen die Demokratie in Österreich bereits erfolgreich ausgeführt hat, ohne dabei in Regierungsverantwortung zu sein, ist lang. Was passiert, wenn rechtsextreme

Parteisympathisant:innen sind in einer antidemokratischen medialen Echokammer ohne Kritik und Gegenstimme.

Populist:innen mitregieren, konnte Österreich in der Regierung Kurz I beobachten. Darunter waren regelmäßig demokratiefeindliche Aussagen, Abgeordnete in NS-verherrlichenden Facebook-Gruppen oder enge personelle Verflechtungen der FPÖ mit den rechtsextremen Identitären. Was den Institutionen droht, wenn ein rechter Populist wie Kickl Innenminister wird, hat man dann in der BVT-Affäre gesehen. Wollen wir wirklich wissen, wie ein Herbert Kickl als Kanzler agiert und ob das unsere Demokratie aushält?

Wohlgemerkt, jener Kickl, der kürzlich mit Orbán eine sogenannte „Wiener Erklärung“ unterzeichnet hat. Darin bekräftigen Ungarn und Österreich „ihre nachbarschaftliche Freundschaft

sowie ihre geschichtlich und kulturell bedingte unerschütterliche Verbundenheit“. In dem Dokument steht auch, dass Brüssel an „politischer Bedeutung verlieren“ solle und „dafür direkte Demokratie und Parlamentarismus in den Heimatstaaten gestärkt werden“. In diesem Dokument, das Kickl im Namen Österreichs unterzeichnet hat, steht also schwarz auf weiß, wie sich eine FPÖ unter Kickl die Zukunft des Landes und der Demokratie vorstellt. Bisher agiert die FPÖ nach dem Playbook aller rechtsextremen Populist:innen. Die nächsten und letzten Schritte in diesem bereits oft durchgespielten Szenario sind die systematische Aushöhlung demokratischer Institutionen und das Schaffen einer parteinahen wirtschaftlichen Elite, die jeden Bereich des öffentlichen Lebens kontrolliert und Ressourcen des Landes zugunsten des engsten Machtkreises ausbeutet. Parallel werden Wahlen manipuliert und politische Gegner eliminiert.

Wie Staaten aussehen, die dieses Endstadium erreicht haben, kann man in unterschiedlichen Ausprägungen in Russland, Ungarn oder Serbien sehen. Und man kann am Beispiel Polen aktuell beobachten, wie schwer sich der Rückbau der Rechtsstaatlichkeit gestaltet.

Wie viel Lob für die autoritäre und EU-feindliche Politik eines Orbán und seiner „illiberalen Demokratie“ müssen wir aus dem Mund der FPÖ-Politiker hören, um ihnen zu glauben, dass sie Österreich nach diesem Vorbild umbauen wollen?

Und umbauen werden, wenn wir sie lassen.

Olivera Stajić ist Redakteurin bei DER STANDARD und schreibt über Diskriminierung, Rassismus, Medienpolitik, Migration, Partizipation und Integration.

Brillen.manufaktur[®]

1070 Wien, Neubaugasse 18
brillenmanufaktur.info

SOS Mitmensch setzt sich für die Einhaltung der Menschenrechte in Österreich ein. Unsere Ziele sind die Gleichberechtigung und Chancengleichheit aller in Österreich lebenden Menschen. Integration, Asyl, Demokratie und politische Teilhabe sind Schwerpunkte unserer Arbeit.

Du hast Interesse an zeitgenössischer Kunst sowie unserer Menschenrechtsarbeit?
Für die Organisation und Durchführung unserer 25. Benefiz-Kunstauktion suchen wir ab sofort bis Anfang Juni 2025:

Kunstinteressierte ehrenamtliche Mitarbeiter:innen (ca. 10h/Woche)

Wir freuen uns über dein kurzes Motivationsschreiben mit Lebenslauf an:

ute.meissnitzer@sosmitmensch.at

www.sosmitmensch.at

Deine Tätigkeit:

- Recherchearbeiten zu zeitgenössischer österreichischer Kunst
- Abholung von Kunstwerken bei Künstler:innen bzw. in Kunstateliers
- Vorbereitung des Fotoshootings für den Auktionskatalog
- Mithilfe beim Ausstellungsauf- und -abbau sowie Ausstellungsaufsicht (optional)

Mitbringen solltest du:

- Interesse an zeitgenössischer Kunst
- Höfliche Umgangsformen
- Verlässlichkeit und Verantwortungsbewusstsein

Bei uns kannst du:

- Erste Erfahrungen in der Planung und Durchführung eines umfangreichen Projekts sammeln
- Einblicke in die österreichische Kunstlandschaft gewinnen
- Dir deine Zeit weitgehend frei einteilen



MENSCHENRECHTSKONTROLLE

Keine Angst vorm Volksanwalt

Die Volksanwaltschaft wird bis heute parteipolitisch besetzt. Das ist ein Problem. Denn Menschenrechtskontrolle hieße auch, Volksanwält:innen nach benötigten Kompetenzen unabhängig, offen und transparent zu bestellen.

TEXT: PHILIPP SONDEREGGER UND MARTIN SCHENK

Als die Polizei die Demonstration auflöste, wollte Liliana L. den Platz so schnell wie möglich verlassen. Sie zwängte sich durch einen Spalt in der Hecke, um aus dem Gefahrenbereich in einen benachbarten Park zu gelangen. Nichts ahnend kassierte sie auf der anderen Seite drei Schläge mit dem Schlagstock eines Polizisten, der mit weit ausholenden Hieben die Menge zu zerstreuen suchte. Die 24-Jährige wurde am rechten Knie, am rechten Ellenbogen und am rechten Zeigefinger verletzt. Am nächsten Tag erstattete sie in Begleitung ihrer Mutter Anzeige auf einer Polizeiinspektion. Doch die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren rasch ein. Es sei keine Misshandlungs- oder Verletzungsabsicht erkennbar. Nicht alles, was die Staatsanwaltschaft einstellt, ist deswegen auch gleich in Ordnung. Wer sich von einer Behörde schlecht behandelt fühlt, kann sich an die Volksanwaltschaft wenden. Schon bei einer groben Unhöflichkeit wird sie tätig. Dabei genießt die Ombudsstelle hohes Ansehen. Bei Umfragen erfährt sie unter den öffentlichen Einrichtungen

den höchsten Zuspruch. War Frau L. auf die Idee gekommen, sich bei der Volksanwaltschaft zu beschweren? „Nein. Bei einem FPÖ-Volksanwalt habe ich auch kein besonders großes Vertrauen in die Unvoreingenommenheit gegenüber der Polizei.“ Das trifft einen wunden Punkt. Parteien-Proporz in der Verwaltung löst beim Publikum meist nicht mehr als ein Schulterzucken aus. Aber sollten nicht wenigstens die Kontrollor:innen un-

Sollten nicht wenigstens die Kontrollor:innen unabhängig sein und allen Anschein von Parteipolitik ausschließen?

abhängig sein und allen Anschein von Parteipolitik ausschließen? Menschenrechte sind für alle da, aber verletzte Gruppen und an den Rand Gedrängte müssen auf ihren Schutz besonders vertrauen können.

Die Volksanwaltschaft wurde 1977 als Kontrollorgan des Nationalrates eingerichtet, um Missstände in der Verwaltung aufzuzeigen. Sie besteht aus drei Mitgliedern, die jeweils von einer der

drei stärksten Parteien im Nationalrat vorgeschlagen werden. Mit medialer Begleitmusik der ORF-Sendung „Ein Fall für den Volksanwalt“ erarbeiteten sich die Ombudsleute schnell ihren guten Ruf als Treuhänder:innen der Probleme kleiner Leute, die mit bürokratischer Übermacht und Ignoranz kämpfen. Dass von jeder Farbe jemand dabei ist, galt in der Proporz-Logik der Nachkriegszeit als Garant dafür, dass keine Reichshälfte die andere verschont. Doch nicht nur die Parteienlandschaft und der Ruf des Proporz-Systems sind den 1970ern entwachsen. Auch das Aufgabenspektrum der Volksanwaltschaft hat sich verändert. So ist sie seit 2012 auch für die Folterprävention in Österreich zuständig. Und trägt den gewöhnungsbedürftigen Titel: Nationaler Präventionsmechanismus (NPM). Mit dem sogenannten OPCAT-Übereinkommen haben sich aktuell 94 Staaten der Welt gegenseitig verpflichtet, eine unabhängige Stelle einzurichten, die alle Orte regelmäßig kontrolliert, an denen Menschen festgehalten werden. Psychiatrien, Pflegeheime oder Gefängnisse



Liliana L. wurde bei der Mayday-Demo am 1. Mai 2021 in Wien durch die Polizei verletzt. Von der Volksanwaltschaft erwartete sie sich keine Hilfe.

werden besucht, um Standards zu empfehlen, die Verletzungen der Menschenrechte weniger wahrscheinlich machen. Sichtschutz bei Untersuchungen in Haft, Abschaffung von Netzbetten oder gerechte Entlohnung in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen – es sind kleinere und größere Schrauben, an denen die Kontrollor:innen drehen, um die Stellung besonders vulnerabler Personengruppen zu stärken. Und Menschenrechtsverletzungen zu verhüten. Das OPCAT-Protokoll ist eine Ergänzung zur Anti-Folterkonvention der Vereinten Nationen (CAT) und seine Umsetzung wird von einem Komitee überwacht. Staaten, die sich mit einem Beitritt schmücken wollen, müssen strenge Richtlinien einhalten. Ein Nationaler Präventionsmechanismus muss völlig unabhängig arbeiten und den zivilgesellschaftlichen Menschenrechtssektor einbinden. Die Stelle braucht einen klaren rechtlichen Auftrag und muss ausreichend finanziert sein. Zuletzt wurde Österreich von dem Komitee aufgefordert nachzubessern; die Diversität der Volksanwaltschaft zu er-

höhen, die Zivilgesellschaft besser einzubinden und den Bestellmodus der Volksanwält:innen zu verbessern. Die Besetzung der Chefetage müsse nach benötigten Kompetenzen erfolgen, die Auswahl transparent und offen für Bewerber:innen außerhalb der Politik sein, um die geeignetsten Köpfe zu finden. Die Unabhängigkeit der obersten Prüfer:innen der Menschenrechte ist sicherzustellen und das öffentliche Ver-

Nachbesserungsbedarf bei der Bestellung der Volksanwält:innen sowie Einbindung der Zivilgesellschaft.

trauen in die Unparteilichkeit der Einrichtung zu garantieren. Vielfach haben Expert:innen und Menschenrechtsorganisationen den Bestellmodus kritisiert. Insbesondere an Ex-Volksanwalt Walter Rosenkranz entzündete sich die Kritik zuletzt auch öffentlich. Nicht bloß führte er den Anspruch der parteipolitischen Unparteilichkeit mit wiederholten Kandidaturen als Volksanwalt auf einem FPÖ-Ticket ad absurdum.

Den Nationalrats-Wahlkampf 2024 bestritt die FPÖ mit dem Programm, die Abkommen und Gerichte des internationalen Menschenrechtsschutzes zu schwächen.

Neben Kritik versuchen es die Organisationen aus der Zivilgesellschaft auch mit Pragmatismus. Jene NGOs, die Mitglieder für den Menschenrechtsbeirat der Volksanwaltschaft nominieren, zeigen, wie es gehen könnte. In einem aufwändigen Prozess haben sie eine kompetenzorientierte, transparente, offene und inklusive Auswahl der künftigen Mitglieder durchgeführt.

Auch die Volksanwaltschaft selbst hat bereits Anstrengungen unternommen, um den Empfehlungen nachzukommen und die Zivilgesellschaft vermehrt einzubinden. Nun liegt es an der kommenden Regierung, den Bestellmodus der Volksanwält:innen zu reparieren. Damit Liliana L. sich zukünftig im Vertrauen an die Volksanwaltschaft wenden kann. Die Weichen dafür müssen diejenigen, die Koalitionen verhandeln, jetzt stellen. Die Amtsperiode der aktuellen Besetzung endet am 30. Juni 2025.

STRASSENREPORTAGE

„Das Zeitungen-Verkaufen ist meine Therapie“

Ein anstrengender Beruf, der gute Organisation, Mut und Ausdauer erfordert, oder eine nervige Erscheinung auf der Straße, die aufdringlich an das schlechte Gewissen appelliert? Der Job der Straßenzeitungsverkäufer:innen sorgt für Kontroversen. Anlässlich des 20-jährigen MO-Jubiläums haben wir einen Kolporteur begleitet.

TEXT: SONJA KITTEL

Leopold Gratzl ist 47 Jahre alt und ein Verkaufstalent. Jeden Tag verlässt er spätestens um zehn Uhr morgens sein Haus in Niederösterreich und pendelt mit dem Zug nach Wien. Dort, rund um die Mariahilfer Straße im siebten Bezirk, ist sein Arbeitsplatz. Hier hat er seine Stammkund:innen, hier ist er unterwegs, sieben bis acht Stunden jeden Tag. Er lässt seinen Charme spielen, wendet seine lang

Mit drei Jahren wäre er fast gestorben. Aber er überstand es, denn aufgeben ist nicht seine Sache.

erprobten Verkaufsstrategien an, ist freundlich, offen und niemals aufdringlich. Gratzl wurde 1976 im „Göttlichen Heiland“ geboren. Als eines von sechs Kindern. Seine Mutter war ein sehr wichtiger Mensch in seinem Leben. Mit drei Jahren wäre er fast gestorben, an hämolytischer Anämie, Blutzerfall. Was genau der Grund war, weiß er heute nicht mehr, aber er überstand es, denn aufgeben ist nicht seine Sache. Gratzl



Der siebte Bezirk ist Leopold Gratzls Arbeitsplatz. Hier verkauft er jeden Tag das MO-Magazin.

mag seine Arbeit, er ist gerne unter Leuten, ein offener Typ, der das Positive im Fokus behält.

Das ist die eine Version seiner Geschichte, aber es gibt auch eine andere. Leopold Gratzl ist 47 Jahre alt und Notstandshilfeempfänger. Sein Vater hatte zahlreiche Schlaganfälle und seine Mutter kränkte sich, weil sie Angst davor hatte, ohne ihn zu leben. Eines Tages fiel sie einfach tot um. Vor 15 Jahren starb auch der Vater nach jahrelanger Bettlägrigkeit. Es gab kein Testament und das Erbe war nicht geregelt, was die Beziehung zu seinen fünf Geschwistern trübte. Heute lebt er mit seinem ältesten Bruder gemeinsam im Elternhaus in Niederösterreich. Nicht mit allen Nachbarn haben sie ein gutes Verhältnis. Manche seien „keine guten Menschen“, würden ihn des Diebstahls bezichtigen oder schlecht über ihn reden, sagt er. Seit sieben Jahren verkauft Leopold Gratzl die Straßenzeitung MO und verdient sich so ein bisschen was dazu. Wenn er auf Wiens Straßen unterwegs ist, trifft er auf Leute, die die eine oder die andere Geschichte in ihm sehen und ihm dementsprechend begegnen.

Es ist 13 Uhr an einem Tag Mitte Oktober. Leopold Gratzl sitzt gerade im Büro von SOS Mitmensch, wo er beim Leiter des Kolportage-Projekts, Bernhard Spindler, seine Zeitungen für den Tag kauft. Ein Heft bekommt er für 1,50 Euro, für das Doppelte kann er es später verkaufen und so die Hälfte des Verkaufspreises für sich behalten.

Kolportageprojekt als Starthilfe

Es gibt noch fünfzig weitere Kolporteur:innen, die das MO selbstständig auf Österreichs Straßen verkaufen, weil sie vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind oder dort keine Chance bekommen. Seit 2010 betreibt SOS



Valerica G. verdient sich mit der Straßenkolportage ein paar Euro dazu. Früher arbeitete er bei der Straßenmeisterei, aus gesundheitlichen Gründen musste er den Job aufgeben.

Mitmensch das Kolportageprojekt, um diesen Menschen eine Verdienstmöglichkeit zu eröffnen und einen Beitrag zur österreichischen Medienvielfalt zu leisten.

Viele der Kolporteur:innen kommen aus Südosteuropa. So zum Beispiel Valerica G., 66 Jahre alt und seit fünf Jahren MO-Kolporteur. Er kommt aus dem kleinen Dorf Bugheea de Sus in den ru-

Mit dem MO-Kolportageprojekt werden Verdienstmöglichkeiten eröffnet und ein Beitrag zur Medienvielfalt geleistet.

mänischen Karpaten, das er bis 2019 nie verlassen hatte. Er arbeitete bei der Straßenmeisterei, bis er den Job aus gesundheitlichen Gründen aufgeben musste. Valerica G. hielt sich mit diversen Mini-Jobs über Wasser, aber irgendwann reichte das nicht mehr und die rumänische Sozialhilfe von umgerechnet dreißig Euro pro Monat war auch nicht genug zum Überleben. Ein Bekannter überredete Valerica G. dazu, mit ihm nach Wien zu kommen und dort das MO-Magazin zu verkaufen. Seitdem

kommt er immer wieder einige Monate zurück und verdient sich ein paar Euro dazu. Seine Erzählung zeugt im Kleinen von den fehlenden Auffangnetzen in Rumänien sowie dem Mangel an Perspektiven für einen großen Teil der Bevölkerung in Rumänien und anderen europäischen Staaten. Es sind die Folgen eines starken sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichts innerhalb Europas. Genug Stoff für eine eigene Geschichte.

„Wollen's eine Zeitung kaufen?“

Aber wieder zurück zu Leopold Gratzl: Nachdem er sich mit Projektleiter Spindler über alltägliche Probleme ausgetauscht hat – die Zugverbindung nach St. Pölten, den Klimabonus, den Bruder, der seit zwei Tagen nicht nachhause gekommen ist, mit ihm der zweijährige Hund, der fehlt, weil er sonst bei ihm im Bett schläft – startet Leopold Gratzl seinen Rundgang. Heute hat er Glück, weil es der erste warme Tag seit Langem ist. Die Sonne lockt die Leute in die Gastgärten und auf die Einkaufsstrassen. Gratzl hat seine Stammlokale, wo die Besitzer:innen ihn kennen



Im SOS Mitmensch-Büro tauscht sich Leopold Gratzl mit Projektleiter Bernhard Spindler über Neuigkeiten aus und kauft neue Hefte.

und ihn verkaufen lassen. Er geht von Tisch zu Tisch: „Wollen'S eine Zeitung für drei Euro kaufen. Die Hälfte geht an den Verein, die andere ist für mich. Es ist wirklich ein gutes Magazin.“ In einem japanischen Restaurant entdeckt er eine Stammkundin. Sie kauft ihm auch gleich ein Heft ab. Sie kaufe immer nur bei Leopold, sagt sie. Weil er freundlich sei und sie sich schon lange kennen.

Weiter geht es ins nächste Lokal. Der Chef reagiert etwas genervt auf Gratzls Ansprache, lässt ihn aber ziehen. Zwei Tourist:innen sitzen an einem Tisch. Der Mann wehrt gleich ab, die Frau will aber doch ein Heft haben. Sie hat die drei Euro nicht passend, aber Gratzl lässt sich den Schein von der Kellnerin wechseln. Kurz kommt die Sorge bei der Frau auf, dass er sie über den Tisch ziehen will, aber der Kolporteur ist korrekt und legt Wert darauf, genau rauszugeben. Bei denen, die heute keine Zeitung kaufen, gibt es die, die freundlich Nein sagen: „Sorry, keine Zeit“, „Die Zeitung

habe ich schon“, „Habe heute schon einen Augustin gekauft“, „Danke, heute nicht“. Sie begegnen Gratzl, dem Verkaufstalent, auf Augenhöhe. Schlimmer sind die, die genervt Nein sagen, von oben herab, mit abfälligem Schnauben und Augenrollen. Am schlimmsten sind die, die ihn einfach ignorieren, stur geradeaus schauen und so tun, als hörten sie ihn nicht, als sähen sie ihn nicht,

**"Ich muss immer unter die Leute.
Daheim ist nichts.
Da hab' ich vier Wände
und da redet niemand."**

Gratzl, den Notstandshilfeempfänger. Ob ihn das nicht stört? „Nein, das ist mir egal. Das gehört auch dazu. Wie bei jeder Arbeit gibt es gute und schlechte Seiten.“ Gratzl schaut beim Trafikanten vorbei, mit dem er immer gerne „ein Plauscherl“ hält, genau wie mit dem Besitzer des Honiggeschäfts. Dieser kenne Leopold schon seit sicher sieben Jahren.

Er kaufe gerne bei ihm das Heft, weil er ein offener und freundlicher Verkäufer sei. Auf der Straße entdeckt Leopold Gratzl noch einen weiteren Stammkunden. Der bleibt auch gleich stehen und kauft ein Heft. Er liest es gerne. Nimmt auch mal mehrere Ausgaben, um sie an Freund:innen zu verschenken. Dass Leopolds Geschichte in die Zeitung kommt, findet er gut.

Der erste Teil des Arbeitstages ist geschafft. Fünf Zeitungen hat er verkauft. Gratzl wird sich jetzt etwas zu essen besorgen. Vielleicht beim Peter am Würstelstand. Seine Zeitungen und Habseligkeiten kann er während der Pause unterstellen, zum Beispiel beim Eissalon. Die Leute kennen ihn und er die Leute. „Das Zeitungen-Verkaufen ist meine Therapie“, sagt Gratzl, „weil man ins Reden kommt. Ich muss immer unter die Leute. Daheim ist nichts. Da hab' ich vier Wände und da redet niemand. Die Freunde hier, die warten alle Tage auf mich.“

ARBEITSRECHTE

Geschichten des Widerstands

Überlange Arbeitszeiten, Bezahlung unter Kollektivvertrag: Wer in der Arbeit unfair behandelt wird, will sich wehren können. Für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus ist das unverhältnismäßig schwer. UNDOK ist für sie die helfende Anlaufstelle und begeht heuer sein zehnjähriges Bestehen.

TEXT: EDGAR SUBAK

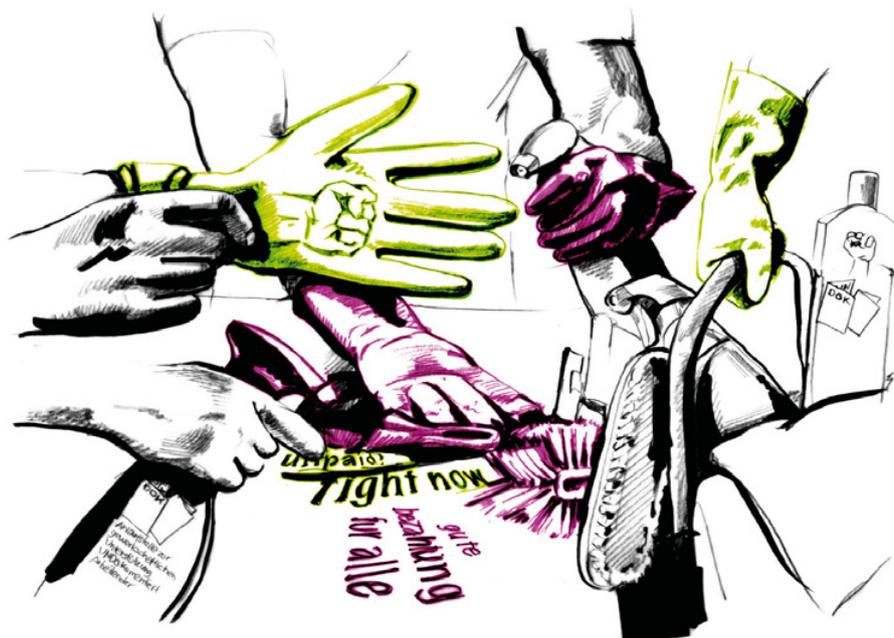
Vor zehn Jahren bekommt Marta B. (Name von der Redaktion geändert) ein Job-Angebot: Fünf Euro pro Stunde, kostenlose Unterkunft, gratis Essen. Sie zieht aus Südosteuropa nach Wien, fängt in einem Restaurant als Aushilfskraft an. Doch es kommt anders als erwartet. Marta B. muss sich ein Zimmer mit einer anderen Frau teilen, und Miete zahlen. Dabei verbietet ihr die Vermieterin

**Fixe Stunden gibt es nicht.
Der Arbeitgeber zahlt
weniger als ausgemacht
und schikaniert sie.**

sich an dieser Adresse offiziell zu melden. Fixe Stunden gibt es nicht, jede Arbeitsstunde muss sie einzeln in Rechnung stellen. Der Arbeitgeber zahlt weniger als ausgemacht, schikaniert sie, nennt sie Schwarzarbeiterin, da sie keinen Aufenthaltstitel und offizielle Arbeitserlaubnis hat. Nach mehrmaligen vergeblichen Bitten um den Lohn erzählt Marta B. der Beratungsstelle UNDOK ihre Geschichte. Diese setzt ein Schreiben auf, weist auf den rechtli-



Undokumentierte Arbeiter:innen können sich in Österreich an die Beratungsstelle UNDOK wenden und gemeinsam um ihre Rechte kämpfen.



Let's Organize! © Petja Dimitrova

chen Anspruch auf nichtbezahlten Lohn hin. Daraufhin droht der Chef ihr mit Schlägern, die sie verprügeln werden, wenn sie so weitermacht. Marta B. geht außerdem das Geld für die Miete aus. Sie kehrt in ihre Heimat zurück. Den fehlenden Lohn bekommt sie trotzdem mithilfe der Arbeiterkammer.

Sanktionen gefordert

Es sind Geschichten wie diese, mit denen UNDOK seit seiner Gründung zu tun hat. Vor zehn Jahren wurde die UNDOK-Anlaufstelle sozusagen als Kind vieler Eltern geboren. Vier Gewerkschaften beteiligten sich an der Gründung: die Bau-Holz, GPA, PRO-GE und VIDA. Ein Anlass zur Gründung war die EU-Richtlinie zu Sanktionen gegenüber Arbeitgeber:innen, die bis 2011 umgesetzt werden musste. Darin heißt es, dass sich auch illegal beschäftigte Drittstaatsangehörige gegen ihre Arbeitgeber:innen effektiv beschweren können müssen, um zum Beispiel ausstehenden Lohn einzufordern. Die Logik: das Fehlen von Aufenthaltsrechten darf Arbeitsrechte nicht aushebeln. Mehr als ein Jahrzehnt nach Inkrafttreten findet die EU-Agentur für Grundrechte, dass die Mitglied-

staaten in diesem Bereich noch immer viel Aufholbedarf haben. Wer sich ohne Aufenthaltstitel oder mit prekärem Status gegen seine Arbeitgeber:innen beschwert, muss damit rechnen, dass sein Bleibestatus gefährdet ist. Es sind sehr häufig Asylwerbende, aber auch Studierende aus Drittstaaten, die zu UNDOK kommen. Diese Studierenden haben zwar beschränkten Arbeitsmarktzugang, gehen aber über das erlaubte Maß von 20 Wochenarbeitsstunden hinaus.

Ausbleibender Lohn, mehr als zwölf Stunden Arbeit am Tag, sexueller Missbrauch - das Spektrum der Fälle ist breit.

Das Spektrum der Fälle ist breit, reicht von Zahlungen unter Kollektivvertrag über ausbleibendem Lohn bis hin zu sozialversicherungsrechtlichem Betrug, mehr als zwölf Stunden Arbeit am Tag oder sexuellem Missbrauch und Gewalt. In Fällen tiefgreifender Ausbeutung vermittelt UNDOK die Personen an Opferchutzorganisationen gegen Menschenhandel weiter. Mit fremdenrechtlichen Behörden oder Arbeitgeber:innen kooperiert UNDOK wiederum nicht. Beratungen sind anonym, mehrsprachig



Hallo Kollege – alles OK? © Happy Akegbeleye, Petja Dimitrova, Sandra Stern

und können ohne Termin aufgesucht werden.

Dass UNDOK heute mehr Beratungen durchführt als vor zehn Jahren, hat unter anderem mit medialer Aufmerksamkeit zu tun. Diese bekam die Beratungsstelle im Zuge des Falles der mittlerweile insolventen Leiharbeitsfirma „S.H.G.“ im Jahr 2022. Diese soll über Jahre hinweg mehr als 200 Personen aus Drittstaaten – mehrheitlich Asylwerbende mit irakischen Papieren – systematisch in die Scheinselbstständigkeit gedrängt haben, obwohl sie wie klassische Leiharbeiter:innen arbeiteten. Bezahlt wurde ihnen 9,50 Euro die Stunde, weit unter dem Kollektivvertrag, und das bei überlangen Arbeitszeiten. Pauschalen für Transport, Unterkunft und nicht weiter definierte Abschlagszahlungen mussten die Scheinselbstständigen auch zahlen. Sie arbeiteten als Leiharbeiter:innen für bekannte Namen, etwa für Franchisenehmer des Fast-Food-Konzerns Burger King, der Sicherheitsfirma Securitas, IQ Autohof und andere Tankstellen. Gegen die „S.H.G.“ laufen bis heute Gerichtsverfahren. UNDOK deckte den Fall mit der Arbeiterkammer Wien und der PRO-GE auf.

Wenig Ressourcen für viel Bedarf

Heute ist der Zulauf von Betroffenen bei UNDOK groß, die Kapazitäten jedoch nicht: Vier Personen arbeiten Teilzeit, nur eine ist mit der juristischen Beratung beschäftigt. Allein im ersten Halbjahr 2024 gab es eine rund 30-prozentige Steigerung der Beratungsfälle im Vergleich zum Vorjahr. 2023 waren es 143 Personen, die um Hilfe gebeten haben. Zu den Aufgaben zählen neben Beratung auch Öffentlichkeitsarbeit, politisches Lobbying und aufsuchende Arbeit. Letzteres bedeutet, dass UNDOK proaktiv Communitys aufsucht, in denen sich undokumentiert Arbeitende bewegen. Zuletzt hat die Anlaufstelle begonnen, online auf sozialen Medien und in Telegramgruppen Betroffene in ihrer Muttersprache anzusprechen. Ein bis Ende 2024 laufendes Projekt kontaktiert potenziell Betroffene auf Farsi.

Undokumentierte Arbeit findet in fast allen Branchen statt. Männer sind eher im Bereich Baugewerbe, Paketdienste und Gastronomie tätig, Frauen tendenziell in der Pflege und in Reinigungsdiensten. Jene, die UNDOK aufsuchen, sind häufiger männlich als weiblich. Das hat damit zu tun, dass die Haushaltsarbeit eher isoliert stattfindet und nicht mit den Öffnungszeiten von UNDOK kompatibel sind. Das möchte die Beratungsstelle in Zukunft ändern, indem sie betroffene Frauen vermehrt online

An Undocumented Story © Valerie Bruckbögl



Foto: Mani Froh



UNDOK-Geschäftsführerin Katarzyna Winięcka: Die Finanzierung der Anlaufstelle ist mit jeder neuen Regierung und deren Prioritätensetzung gefährdet.

aufsucht. Außerdem versucht sie so, mehr über die Situation von Betroffenen zu erfahren.

UNDOK nimmt in letzter Zeit auch die weiblich geprägte Au-Pair-Arbeit stärker in den Fokus. Dabei nehmen Familien tendenziell junge Frauen aus dem globalen Süden auf. Diese wohnen im selben Haus wie die Familie, arbeiten im Haushalt, verrichten Care-Arbeit

Heimische Unternehmen profitieren von diesen Zuständen der Ausbeutung, weil so die Arbeitskräfte weniger kosten.

(zum Beispiel Kinder beaufsichtigen). Sie dürfen als Drittstaatsangehörige gesetzlich nur genau 18 Stunden pro Woche arbeiten und bekommen dafür einen Lohn von rund 500 Euro im Monat. Offizieller Zweck der Sache: kultureller Austausch und Spracherwerb. Dabei sind die Rechte der Betroffenen aber oft nicht gewährleistet. Die Abhängigkeit von Arbeitgeber:innen ist in diesem Bereich besonders stark, da die Aufenthaltserlaubnis mit dem konkreten Au-Pair-Job verbunden ist und derselbe Haushalt geteilt wird. Grenzen zwischen Arbeits- und Freizeit verschwimmen. Und die Arbeitszeit ufernt in berichteten Fällen oft aus, bleibt unbezahlt. Nicht

vorgesehene Tätigkeiten mussten verrichtet werden. Für den Spracherwerb in Deutschkursen fehlte dann die Zeit. An diesem hängt allerdings wiederum der nach sechs Monaten zu verlängernde Aufenthaltstitel. Hinzu kommt: Frauen sind nicht ausreichend vor Gewalt geschützt. Eine Initiative, mit der UNDOK zusammenarbeitet, ist „Au-Pair Repair“ – eine Gruppe von Au-Pair-Arbeiter:innen in Wien, die sich für die Rechte, Sichtbarkeit und Anerkennung von Au-Pair-Arbeit einsetzt und eine Help-Line betreibt.

Dass UNDOK nicht auf die Größe wächst, die dem Bedarf gerecht wird, und undokumentiert Arbeitenden so zu ihren Rechten verholfen wird, hat Geschäftsführerin Katarzyna Winięcka zufolge mit den politischen Verhältnissen zu tun. Heimische Unternehmen profitieren von diesen Zuständen der Ausbeutung, etwa indem Arbeitskräfte weniger kosten und nicht versichert werden. Die Finanzierung der Anlaufstelle ist mit jeder neuen Regierung und deren Prioritätensetzung außerdem gefährdet, da die Stelle staatlich gefördert wird. Auch innerhalb von Gewerkschaften und Arbeiterkammern gebe es nach wie vor mangelnde Sensibilisierung bei bestehenden Unterstützungsangeboten für die UNDOK-Zielgruppen. Winięcka betont daher, wie wichtig der Schulterschluss mit und zwischen Interessenvertretungen und migrantischen Selbstorganisationen ist, um die Situation undokumentiert Arbeitender nachhaltig und effektiv zu verbessern.

Die Comiczeichnungen entstammen der Ausstellung „Arbeit ohne Papiere, aber nicht ohne Rechte!“, mit der UNDOK sein zehnjähriges Jubiläum feiert. Die Ausstellung ist noch bis 20. Februar 2025 im Haus des ÖGB zu sehen: täglich 8:00–20:00 Uhr, Eintritt frei.

Edgar Subak war für die (alte) Wiener Zeitung, den Kurier und die Süddeutsche Zeitung tätig und ist Redaktionsmitglied im „etc. magazin“.

WOHNSKANDAL

Lukrative Mietgeschäfte mit der Not

In Wien leben manche geflüchtete Menschen in desolaten Wohnungen und müssen dafür teure Mieten zahlen. ORF-Journalist Yilmaz Gülüm im Gespräch darüber, warum es in der lebenswertesten Stadt der Welt weiterhin Elendsquartiere gibt.

INTERVIEW: MILENA ÖSTERREICHER

MO-Magazin: Im ORF-Report deckten Sie und Ihr Kollege Faris Rahoma auf, dass es in Wien etliche private Wohnhäuser gibt, in denen vorwiegend syrische Geflüchtete unter katastrophalen Bedingungen leben. Welche Zustände haben Sie vorgefunden?

Yilmaz Gülüm: Viele Wohnungen waren voller Schimmel, die Stromleitungen unsicher, es gab Kanalisationsprobleme und teilweise hat es in die Wohnungen hineingeregnet. In manchen gab es keine funktionierenden Heizungen und in den Stiegenhäusern stand das Wasser. Die Kinder einer Familie, die wir antrafen, hatten aufgrund des Schimmels

"Wir sind auf 25 solcher Wohnhäuser in Wien gestoßen, aber das sind wahrscheinlich weit nicht alle."

und des Ungeziefers einen Ausschlag. Es waren unwürdige Zustände, die wir gesehen haben. Wir sind auf 25 solche Wohnhäuser gestoßen, aber das sind wahrscheinlich weit nicht alle.

Wie kommt es dazu, dass Menschen in der viel zitierten lebenswertesten Stadt unter solchen Umständen leben?

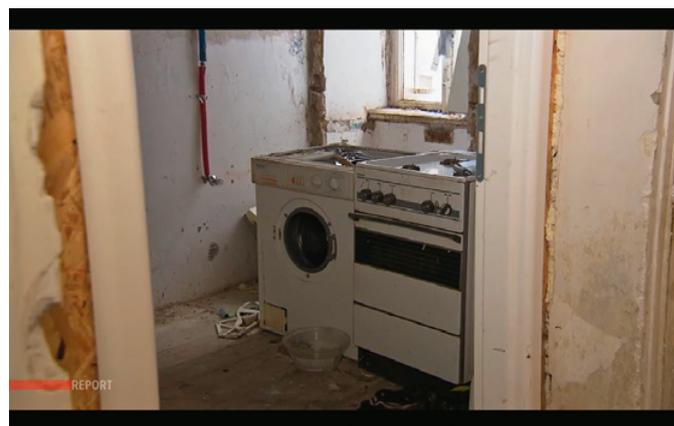
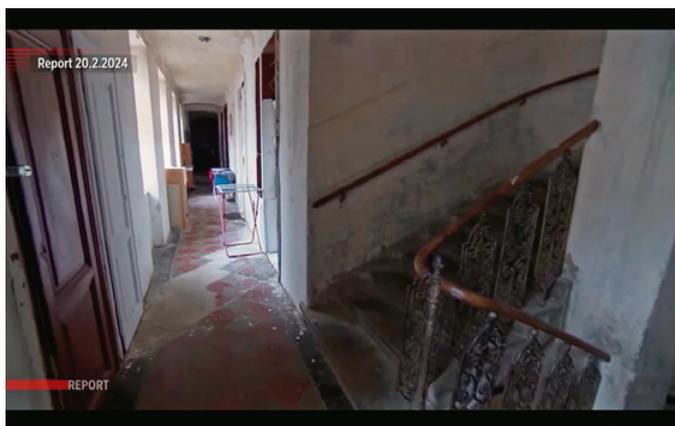
Geflüchtete Menschen, vor allem allein-stehende Männer, die ein positives Asyl-



ORF-Journalist Yilmaz Gülüm berichtete im Report über die Elendswohnungen in Wien, die für viel Geld an Geflüchtete vermietet werden, um damit Profit zu schlagen.

verfahren abgeschlossen haben, fallen aus der Grundversorgung. Dadurch haben sie nur wenig Zeit, eine Bleibe zu finden, während der Wohnungsmarkt äußerst angespannt ist. Ohne Sprachkenntnisse oder sicheren Job haben sie kaum Chancen auf normale Mietwohnungen. Manche Vermieter:innen nut-

zen diese Notlage aus und lassen die Menschen für überhöhte Preise in baufälligen Häusern wohnen. Häufig handelt es sich um Abbruchhäuser, in denen noch Altmietler:innen wohnen, die die Eigentümer:innen nicht „loswerden“. Die versucht man rauszuekeln, indem etwa das Gas abgeschaltet wird,



Schimmel, unsichere Elektroleitungen, Wasser im Stiegenhaus: Dass solche Wohnungen zu hohen Preisen vermietet werden dürfen, lässt staunen.

der Lift auf einmal nicht mehr geht oder Reparaturen Ewigkeiten hintangestellt werden. Zugleich werden geflüchtete Menschen als sogenannte Zwischennutzer:innen genommen bis alle Mieter:innen aus dem Haus draußen sind, damit immerhin etwas mehr Miete hereinkommt.

Was wird von den geflüchteten Menschen verlangt?

Eine desolate Einzimmerwohnung ohne Heizung kostete beispielsweise um die 650 Euro. Die Mieten werden in bar kassiert. Auch wenn rechtlich gesehen Bruchbuden vermietet werden dürfen, darf dies je nach Wohnkategorie eigentlich nur für wenig Geld passieren. Auch mit den Mietverträgen hat es nicht gepasst. Die Wohnungen waren teilweise nur halb so groß wie im Mietvertrag angegeben. Mieter:innen mussten eine Zusatzvereinbarung unterschreiben, dass die Wohnung nicht der Kategorie entspricht, die im Vertrag steht.

Warum wird diese Praxis nicht von den Behörden gestoppt?

Im Hintergrund tut sich schon etwas: einige Behörden sind dran, machen Besichtigungen und stellen Strafbescheide aus. Sie können aber oft nicht wirksam eingreifen. Es sind meist die gleichen Firmen und Eigentümer:innen. Diese einschlägigen Player sind den Be-

hörden teilweise seit zehn Jahren oder noch länger bekannt und offenbar gelingt es nicht, diesen Leuten insgesamt das Handwerk zu legen. Der rechtliche Rahmen, wo man wirklich gegen den Vermieter:innen und Eigentümer:innen direkt vorgehen kann, ist nicht streng genug gefasst. Die rechtliche Handhabe ist begrenzt, Maßnahmen wie Zwangsverwaltungen greifen nur bei extremen Fällen, und selbst das dauert. Das Gesetz verlangt beispielsweise von Eigen-

Eine desolate Einzimmerwohnung ohne Heizung kostete rund 650 Euro. Die Miete wird in bar kassiert.

tümern, ihre Immobilien instand zu halten. Doch solche Regelungen alleine reichen nicht aus, um das Geschäftsmodell dieser Mietmafia zu verhindern.

Die Berichte wurden in der ersten Jahreshälfte 2024 ausgestrahlt. Nun steht der kalte Winter vor der Tür. Hat sich für die betroffenen Menschen inzwischen etwas geändert?

Für die meisten hat sich unseres Wissens nach bisher wenig geändert. Sie harren immer noch in den Wohnungen aus, und viele sind im Winter weiter ohne Heizung. Einigen wurde beim Einzug eine Renovierung zugesagt, wenn sie zuvor mehrere tausend Euro

zahlen. Wieder in bar und ohne Vertrag. Daraus ist in den meisten Fällen nichts geworden. Das Geld ist weg und so auch die Möglichkeit, sich etwas anderes zu suchen. Immerhin konnte die Familie deren Kinder Probleme mit Ausschlägen hatte nach unserer Reportage mit Hilfe einer NGO in eine neue Wohnung umziehen. Das zeigt, dass Aufklärung und Berichterstattung einen Unterschied machen können.

Was muss getan werden?

Mieter:innen müssen über ihre Rechte informiert werden. Besonders Geflüchtete werden leicht Opfer solcher Machenschaften, weil ihnen das Wissen und der Zugang zu rechtlichen Schutzmechanismen fehlen. Dementsprechend sollte in Flüchtlingsunterkünften aufgeklärt und vor dieser Mietmafia gewarnt werden. Politische Verantwortliche und Behörden müssen stärker dafür sensibilisiert werden, und der öffentliche Druck muss bleiben. Denn diese Menschen sind nicht wahlberechtigt, haben keine Lobby und keine öffentlich wahrnehmbare laute Stimme.

Anm. d. Red.: Kurz vor Redaktionsschluss gab die Stadt Wien bekannt, manche Spekulationshäuser unter Zwangsverwaltung der Gemeinde stellen zu wollen. Diese im Mietrechtsgesetz vorgesehene Maßnahme werde zum ersten Mal eingeleitet.

BLICKWECHSEL

Uns gibt es auch

In Österreich lebt die zweitgrößte tschetschenische Community Europas. Doch wenn hier über tschetschenische Menschen berichtet wird, überschlagen sich die negativen Schlagzeilen. Einblicke in eine Community, deren Vielfalt gerne übersehen wird.

TEXT: MILENA ÖSTERREICHER



Im Theaterstück "Geschichten, die nicht geschrieben sind" geben junge Menschen mit tschetschenischem Background Einblicke in ihre Erfahrungen.



Foto: Ana Alan

„Als ich die Schlagzeilen in den Zeitungen las, dachte ich mir: Wer sind all diese schlimmen Tschetschenen in Österreich?“, erinnert sich Maynat Kurbanova. Selbst Tschetschenin, kam Kurbanova 2005 mit einem Stipendium für verfolgte Journalist:innen nach Deutschland. Fünf Jahre später führte sie ihr Weg weiter nach Österreich, ohne zu wissen, dass hier eine große tschetschenische Community lebt – und ohne zu ahnen, wie negativ das Image dieser Community in Teilen der Gesellschaft und der medialen Öffentlichkeit ist.

Viele Jugendliche kämpfen mit den negativen Zuschreibungen und leiden darunter, sagt Maynat Kurbanova.

Zwischen 30.000 und 40.000 Menschen mit tschetschenischen Wurzeln sollen heute in Österreich leben. Schätzungen zufolge ist das nach Frankreich die zweitgrößte tschetschenische Gemeinschaft in Europa. Doch genaue Zahlen fehlen, denn als Teilrepublik der Russischen Föderation werden sie offiziell als russische Staatsangehörige geführt. Sie sind mit Vorurteilen konfrontiert, etwa unnahbar oder aggressiv zu sein. Gewalttätige Auseinandersetzungen unter Jugendlichen letzten Sommer befeuert das Bild zusätzlich.

Selbst in die Hand nehmen

Für Maynat Kurbanova ist das allgemein herrschende negative Bild dennoch schwer nachvollziehbar. „In Österreich kenne ich so viele engagierte Menschen und solche, die ihr Leben völlig unauffällig und normal leben“, sagt sie über die Community. „Da dachte ich mir: Dagegen muss man doch etwas tun.“ Und das tat sie. Im Jahr 2022 fing sie an, im Projekt „Stimm*Raum“ zu arbeiten, unter Trägerschaft der sozialpädagogischen Organisation „Soziale Initiative“ und gefördert durch das Sozialministerium. Es bietet jungen Tschetschen:innen in Schreibwerkstätten die Möglichkeit, ihre Geschichten und Gedanken festzuhalten. Die Resonanz ist groß, meist übersteige die Zahl der Anmeldungen die verfügbaren Plätze. „Viele Jugendliche kämpfen mit negativen Zuschreibungen und leiden darunter, wie über sie gesprochen wird“, erklärt Kurbanova, „bei uns bekommen sie die Chance, ihre Stimme zu erheben.“ Die gesammelten Texte münden in kreative Projekte: ein zweisprachiges Buch und eine Wanderausstellung im ersten Jahr, im zweiten Jahr ein Theaterstück mit dem Titel „Geschichten, die nicht geschrieben sind“. Dieser sei eine Anspielung auf die tschetschenische Geschichte, sagt Maynat Kurbanova: „Er verweist auf unsere Tradition der mündlichen Überlieferung,

denn unsere Vorfahren mussten immer wieder erfahren, dass ihre schriftlichen Aufzeichnungen von der russischen Armee zerstört wurden.“

Im Theaterstück spiegeln sich die persönlichen Geschichten der Teilnehmenden wider, aber auch die Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft, der eigenen Familien, des Freundeskreises und die eigenen an sich selbst. In der Wiener Kulisse feierte das Stück im Herbst 2023 seine Premiere. Zuletzt wurde es Anfang November 2024 im Wiener Rathaus auf die Bühne gebracht. Weitere Termine stehen noch nicht fest. Über Anfragen und Einladungen freue man sich.

Wunsch nicht aufzufallen

Auch Kurbanovas Tochter Amina steht dabei auf der Bühne. Sie kennt die Belastung durch negative Stereotype aus eigener Erfahrung. „Vor allem in der Unterstufe habe ich oft versucht, unsichtbar zu sein, wenn Tschetschenen in den Schlagzeilen waren“, erzählt sie. Sie wusste, am nächsten Tag kamen die Fragen an sie.

Heute studiert die 23-Jährige Sprachkunst an der Universität für angewandte Kunst und Komparatistik an der Universität Wien. Durch das Theaterstück und die Zusammenarbeit mit Regisseurin und Sprechtrainerin habe sie viel für ihren Alltag gelernt: wie man spricht, wie man Raum einnimmt und wie man Spannung aushält. Eine der bewegendsten Szenen im Stück sei jene, die Mutter-Tochter-Beziehungen und generationenübergreifende Traumata beleuchtet. Die Szene habe auch starke Reaktionen im Publikum aus-



Journalistin Maynat Kurbanova kritisiert die tendenziöse Berichterstattung der Boulevardmedien über Tschetschen:innen in Österreich.

gelöst und gezeigt, dass es mehr Platz für Frauengeschichten braucht, auch in der Darstellung der tschetschenischen Community. „Es wird so oft über die Männer gesprochen, über Kriminalität und Konflikte“, sagt Amina Kurbanova.

Es gebe so viele Frauen, deren Erfahrungen und Erfolge kaum Beachtung finden, meint Amina Kurbanova.

Dabei gebe es so viele Frauen, deren Erfahrungen und Erfolge kaum Beachtung finden würden.

Frauen in den Fokus

Eine dieser Frauen ist Malika Mataeva. Sie ist Cyber-Sicherheitsexpertin bei WKO Inhouse, das Dienstleistungsunternehmen für alle Dienststellen der Wirtschaftskammern Österreichs, und setzt sich nebenbei dafür ein, Mädchen und Frauen für die IT-Branche zu begeistern. Mataeva kam aufgrund des Krieges vor zwanzig Jahren als 18-Jäh-



Malika Mataeva ist die erste Frau im Team des Cyber Security Operations Center der WKO Inhouse. Sie ermutigt Frauen dazu, in der IT zu arbeiten.

rige nach Österreich, gemeinsam mit ihrem Mann. „Wenn man als Flüchtling ankommt, ist das nichts Angenehmes“, erzählt die dreifache Mutter heute. Man fange ganz von vorne an, kenne weder die Sprache des neuen Landes noch die Menschen, die Kultur und Gepflogenheiten. „Und man merkt, dass man eigentlich gar nicht erwünscht ist, was einen zusätzlich stresst“, sagt sie.

Das Paar verbringt die ersten Jahre in Freistadt in Oberösterreich. Mataeva erinnert sich an den schwierigen Start: Sie waren schüchtern, konnten die Sprache noch kaum, niemand sprach mit ihnen. „Meine ersten Deutschkenntnisse habe ich in der türkischen Community gelernt, die sind proaktiv auf uns zugekommen, haben uns besucht und zu Festen eingeladen“, berichtet sie.

Nach dem Umzug nach Wien wollte die damals 25-Jährige einen Webdesign-Kurs beim AMS belegen, doch der Berater lehnte ab. „Er meinte, mein Deutsch sei zu schlecht, noch dazu habe ich drei Kinder und würde das nicht schaffen“,

erzählt Mataeva. Sie ließ sich nicht entmutigen, studierte stattdessen Informatik an der Universität Wien, arbeitete nebenbei als Softwareentwicklerin bei der Firma Bosch und wurde schließlich die erste Frau im Cyber Security Operations Center der WKO Inhouse. „Es wird Mädchen und Frauen immer noch abgeraten, in den IT-Bereich zu gehen“, berichtet Mataeva. Und gleichzeitig beschwere man sich, dass es zu wenige Frauen dort gibt. Für ihr persönliches Engagement, Frauen in MINT-Fächern zu fördern, erhielt sie vergangenes Jahr den Grete-Rehor-Preis.

Auch Mataeva stößt sich am negativen Bild über Tschetschen:innen: „Ja, es gibt Probleme, aber das ist nicht die Norm.“ Mit ihrem Engagement in Projekten wie „buntaž“, einem Netzwerk für Chancengleichheit an Schulen, will sie unter anderem auch jungen Tschetschen:innen Mut machen. Es brauche Community-, aber auch Antidiskriminierungsarbeit. „Ich kann jungen Menschen meine Geschichte erzählen, aber wenn ihnen dann in der Gesellschaft suggeriert wird, dass sie es sowieso nicht schaffen, hilft das wenig“, sagt sie. Es ärgert sie, wenn Jugendlichen von vornherein gesagt werde, sie sollen gar nicht erst von einem Medizinstudium träumen, man brauche eh dringend Lehrlinge.

Männerarbeit

Die Informatikerin möchte sich nun auch verstärkt in der Männerarbeit engagieren. Dazu hat sie ein Team zusammengestellt, das demnächst Workshops für männliche Jugendliche anbieten wird. „Sie sind alle auf ihre Art erfolgreich, und können gute Vorbilder sein“,



Aslanbek Mayrabekow möchte ein Vorbild für Männer mit tschetschenischen Wurzeln sein. Sein Weg war nicht einfach, doch er ist beharrlich geblieben.

erklärt sie. Dazu zählt etwa Aslanbek Mayrabekow. 2005 floh er als 14-Jähriger mit seiner Familie aus der tschetschenischen Hauptstadt Grosny nach Österreich, in die oberösterreichische Gemeinde Wolfsegg. Heute ist der Va-

**Es brauche sowohl
Communityarbeit als auch
Antidiskriminierungsarbeit,
sagt Malika Mataeva.**

ter von vier Kindern Digital-Projektmanager bei der UNIQA-Versicherung und hat FH-Abschlüsse in Elektronik und Wirtschaft sowie erneuerbare Energien. Der Weg war nicht immer einfach, doch Mayrabekow berichtet von viel Unterstützung: von Frau Neudorfer und Frau Berger aus dem Ort, die ihm samstags immer Deutschnachhilfe gaben, vom Leiter der Asylunterkunft, Johannes Lintner, der sich einsetzte, damit er in die Hauptschule gehen konnte, von seiner Klassenvorständin und dem Direktor. „Am ersten Schultag machten

wir eine Mathe-Schularbeit, und meine Schwester und ich hatten als Einzige die volle Punktzahl“, erinnert er sich. In Tschetschenien waren sie zunächst in die Schule gegangen, doch dann kam der Krieg, der einen regulären Schulbesuch verunmöglichte. Ihre Mutter, eine Volksschulpädagogin, übte mit ihnen im Bunker lesen, schreiben und rechnen. „Damit wir nicht ganz deppert werden“, sagt Mayrabekow heute und lacht. Immer wieder sei er später der „erste Tschetschene“ für sein Umfeld gewesen: der erste, der „normal“ sei, der ein Gymnasium besuchte und maturierte oder nicht aggressiv wirke. „Ehrlich gesagt habe ich so viel in meinem Leben erlebt – ich habe meine Oma, meinen Opa und meine kleine Schwester verloren – Zuschreibungen von anderen können mir nicht mehr viel anhaben“, sagt er. Dennoch wolle er sich dafür einsetzen, dass sich das Bild ändere. Auch für seine Kinder.

So arbeiten Aslanbek Mayrabekow, Malika Mataeva und Maynat Kurbanowa sowohl in der Community als auch in der Mehrheitsgesellschaft daran, mehr Facetten des tschetschenischen Lebens zu zeigen und zu fördern. Kurbanowa sieht dabei auch die Medien in einer besonderen Verantwortung. Für sie sei es unverständlich, dass (Gratis-)Boulevardblätter, die oft zweifelhafte Berichterstattung betreiben, so leicht zugänglich seien und noch dazu großzügig Förderungen erhalten. „Diese Medien prägen die Köpfe der Menschen“, sagt sie. Sie wünscht sich eine differenzierte Berichterstattung. Auch über das vielfältige Leben von Tschetschen:innen in Österreich.

POPULÄR GESEHEN

Donauschlingen

Über ein Zwangslager für Arme und das Wort „asozial“.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Dort, wo die Donau eine Schlinge macht, im oberösterreichischen Schlägen, stand zwischen 1935 und 1938 ein Zwangslager für Arme. Von diesem Haftlager, in das Arbeitslose aller Art, Nichtsesshafte, Obdachlose und Bettler verfrachtet wurden, ist heute mit freiem Auge nichts mehr zu sehen. Wer hinschaut, sieht aber die Geschichte von wirtschaftlicher Misere, aufgeregter Sündenbockpolitik und öffentlicher Demütigung sich entlang den Wassern der blauen Donau widerspiegeln. Das am rechten Donauufer angelegte Lager bestand aus mehreren Holzbaracken, die mit Stacheldrahtzaun umgeben waren. Die Standortwahl begründete sich durch die seit mehreren Jahren geplanten Ausbauarbeiten an der Nibelungenstraße, die den Einsatz von vielen (billigen) Arbeitskräften erforderten. Die Häftlinge erhielten dafür keinen angemessenen Lohn, sondern nach Ende der Haft Naturalien als Sachleistung. Mittels „Streifungen“ wurden die Menschen ermittelt und in das Arbeitslager an der Donauschlinge verschleppt. Die Presse im austrofaschistischen Ständestaat rühm-



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

te das Lager als „wegweisende Tat“. An diese Kultur von Abwertungen und Entwürdigungen konnte das nationalsozialistische Regime anknüpfen. Der Großteil der als „asozial“ Verfolgten stammte aus der unteren Einkommensschicht. Unter „asozial“ fielen etwa Arbeitslose, Nichtsesshafte, Sozialleistungsbezieher, Suchtkranke, Personen, die ihren Haushalt nicht richtig führen konnten. Die Gaue Wien, Niederdonau und Oberdonau taten sich in der Verfolgung von als „asozial“ gebrandmarkten Menschen besonders hervor. Arbeitsamt, Fürsorge, Kriminalpolizei und öffentliche Verwaltung arbeiteten in „Asozialenkommissionen“ eng zusammen. Jugendliche, Frauen und Männer wurden in geschlossene Arbeitserziehungslager eingewiesen oder auch in Konzentrationslager deportiert. Das Wort „asozial“ sagt ja vielmehr über den Zustand der Gesellschaft etwas aus als über die Menschen, die sie mit diesem Wort bezeichnet. Die Schlinge zieht sich zu. Wenn wir sie nicht lösen.

POLIZEIKOLUMNE

Wem hilft die Polizei?

Es braucht transparente Kriterien für die Verteilung des knappen Gutes Sicherheit.

POLIZEIKOLUMNE - PHILIPP SONDEREGGER
BEOBACHTET DIE STAATSGEWALT.
Illustration: Petja Dimitrova

Um wessen Sicherheit kümmert sich die Polizei? Im Bereich der Sicherheitspolizei werden die Aufträge im Wesentlichen vom so genannten „Aufforderer“ bestimmt. Wer am Notruf 133 Hilfe verlangt, kommt auf die Liste und wird je nach Dringlichkeit abgearbeitet und von einer Streifenwagen-Besatzung angefahren. Daneben setzt die Polizeiführung Schwerpunkte nach eigenem Gutdünken. Ob sie dabei lieber Fahrrad- oder Autofahrer:innen kontrolliert, oder lieber Bahnhöfe bestreift, beschließt sie zwar nicht frei von gesellschaftlichen Erwartungen. Aber die Polizeispitze hat doch erheblichen Ermessensspielraum, wo die Uniformierten hinschauen. Im zweiten großen Bereich, der Kriminalpolizei, läuft es analog ab: zunächst bestimmen Anzeigen, welche Delikte überhaupt bei der Polizei aufschlagen. Welcher Aufwand zur Aufklärung jeweils betrieben wird, liegt jedoch im behördlichen Ermessen. Das erkennt man etwa auch an diversen Task-Forces, die sich um bestimmte Phänomene kümmern, sei es Menschenhandel oder Bettelei. Wem die Polizei hilft, hängt also ei-

RE-CHECK



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.



Vanessa Spanbauer ist Journalistin und Historikerin aus Wien.

Krisen, Kriege, Katastrophen

Wie uns das Afrikabild im Schulbuch beeinflusst.

VANESSA SPANBAUER CHECKT MEHRFACH: EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT, FEMINISMUS UND MIGRATION.

Illustration: Petja Dimitrova

nerseits davon ab, wer sie ruft. Man darf annehmen, dass hier im Vorteil ist, wer die Polizei als seine Polizei erleben darf. Andererseits haben die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden ein gewichtiges Wörtchen mitzureden, um wen sie sich besonders kümmern. Die Ressourcen der Polizei sind endlich, daher ist gegen Prioritäten auch nichts einzuwenden. Wenn diese wohl überlegt sind. „Dienstleistungen des BMI sollen noch transparenter, bedarfsgerechter und zielgruppenorientierter erbracht werden“, heißt es in den Wirkungszielen des BMI. Übersetzt: die Sicherheitsbehörden sollen transparent und zielgerichtet planen, für wessen Bedarfe die vorhandenen Ressourcen eingesetzt werden. Mehr zur Bekämpfung von Sozialleistungsbetrug – dem erschwindeln von Sozialleistungen – oder mehr zur Bekämpfung von Sozialbetrug – dem organisierten Betrug durch Scheinfirmen? Bloß: derartige Planungen sind – wenn sie denn existieren – nicht öffentlich. Sie wären aber die Voraussetzung für eine demokratische Debatte über die gerechte Verteilung des knappen Gutes Sicherheit.

Was haben Sie über den Kontinent Afrika in der Schule gelernt? Das frage ich in jedem Workshop, den ich für den Verein AEW TASS (Advancing Equality Within the Austrian School System) halte. Ein Verein, der sich mit dem Afrikabild im österreichischen Bildungssystem auseinandersetzt und es vollständig machen will. Warum vollständig, fragen Sie sich jetzt sicher. Meine Rückfrage lautet: Was wissen Sie vom Kontinent Afrika? Denn ich traue mich zu unterstellen, dass die meisten Menschen in Österreich ziemlich wenig von einem Kontinent mit über 50 Ländern wissen. Schon alleine der Umstand, dass es sich nicht um ein Land handelt, ist manchen Personen unbekannt. Wir erinnern uns an den „Afrika ist ein Land“-Sager der ehemaligen Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck. Doch was viele Personen über den Kontinent wissen, ist überwiegend negativ. In den Medien bekommen wir einen Kontinent gebeutel von Kriegen, Krisen und Katastrophen dargestellt. Was unbekannt bleibt, sind Aspekte des normalen Lebens, des Wirtschaftswachstums und

der reichen Geschichte dieses Kontinents. Dass uns diese Aspekte verborgen bleiben, beginnt schon im Schulbuch. AEW TASS präsentierte dazu im Oktober seine Schulbuchanalyse. Darin wird aufgezeigt, dass in Schulbüchern überwiegend negative Aspekte über Afrika vermittelt werden, auch falsche Inhalte sind dabei. So sehen wir schreckliche Bilder von nackten, hungernden Kindern, ohne dass auf das Recht auf das eigene Bild geachtet wird. Wir sehen Bilder von Kindersoldaten, ohne Kontext oder Informationsgehalt. Es gibt nur ländliche Darstellungen, als gäbe es keine Städte. Laut Bildern und Texten gibt es am gesamten Kontinent scheinbar kein Wasser und die klar falsche Information, dass es vor dem Eintreffen der Europäer:innen keine Schrift gab, wird wiederholt. Es wird ein Bild erzeugt, das den Kontinent als untergeben und hilfsbedürftig zeichnet. Aspekte, die schon die Kolonisierung legitimieren sollten und klar eurozentristisch und rassistisch sind. Ein adäquates Afrikabild im Schulbuch wäre einmal der Anfang, um die kolonialen und rassistischen Denkweisen in unserer Gesellschaft aufzubrechen.

KOLUMNE

Verstehen Sie menschlich?

Einblicke in das (Er-)Leben der österreichischen Gesellschaft aus Sicht einer Wiener Muslima. Mit dunkelbuntem Humor und feurigem Temperament, aus dem Herzen Österreichs.

KOLUMNE: MENERVA HAMMAD



Illustration: Petja Dimitrova

Wie geht es Ihnen? Wie leben Sie in diesen schweren Zeiten und hatten Sie heute schon ein gutes Mittagessen, ja? Stellen Sie sich vor, Sie haben all das: Eine Heimat, ein Zuhause, eine finanzielle Absicherung, ein Leben. Sie haben eine Routine, einen alltäglichen Ablauf, eine gelebte Gewohnheit, die Sicherheit darstellt. In diesem Leben haben Sie Familie, Freunde, eine Arbeit, ein Netz von Menschen, Gefühlen, eine Perspektive und Träume, die einem am Morgen hoffnungsvoll entgegenlaufen, bis... Krieg ausbricht.

Stellen Sie sich vor, dort wo Sie leben, wo es Ihnen noch vor kurzem so gut ging, müssen Sie weg. Stellen Sie sich vor, der Krieg würde Ihnen Ihre Kinder entreißen, würden Sie nicht fliehen, egal wohin, aber weg, das müssen Sie. Sich zu verabschieden, zu erklären, wertvolle Dinge mitnehmen, all das ist keine Option, denn Sie müssen weg, um Ihr Leben rennen, kämpfen und bangen. Die Erinnerungen der Vergangenheit, Ihr ganzes, vergangenes Leben ist so wie Sie es bisher kannten, been-

det. Für immer. So, als hätten Sie nie zuvor existiert.

Stellen Sie sich vor, Sie würden plötzlich wurzellos werden, ohne Hab und Gut, ohne sprachliche Kenntnisse, ohne kulturellem Vorwissen über das neue Land, vielleicht auch ohne Familie, sicher ohne Freunde, aber was bleibt, ist die Hoffnung – die Hoffnung auf (Über-)Leben.

Stellen Sie sich vor, Sie entkommen dem Tod in Ihrer Heimat nur knapp, weil dort Krieg herrscht, riskieren Ihr Leben bei der Flucht, verlieren auf dem Weg vielleicht sogar eines Ihrer Kinder, um festzustellen, dass Sie in der neuen Heimat, im Zufluchtsort der zivilisierten Gesellschaft der 1. Welt, nicht willkommen sind. Das Gefühl der Unwillkommenheit wäre dabei nicht einmal das Schlimmste, damit lernt man zu leben, denn diesen Luxus des Beleidigtseins aufgrund böser Blicke, können sich geflüchtete Menschen nicht leisten. Sie, als geflüchtete Person, müssten tun. Sie stolpern aus dem Krieg in dieses Land hinein und können dann nicht einfach Ihr Trauma verschmaufen,

sondern müssen bitte Ihren Beitrag für die Gesellschaft, die den Krieg in Ihrer Heimat mitfinanziert, leisten. Sie müssen Deutsch lernen, arbeiten, Deutsch lernen, sich anders kleiden, Deutsch lernen, nicht depressiv sein, Deutsch lernen, aber vor allem und am besten noch bevor der Krieg bei Ihnen zuhause ausbricht: Deutsch lernen.

Krieg ist allgegenwärtig. Er ist nur nicht in unserer Nähe. Auch wenn er nicht weit weg stattfindet, so geht er uns nichts an, er geht uns nämlich nicht nah, auch wenn er quasi vor unseren Augen stattfindet, dank der Bilder, die sich via Social Media in unseren Köpfen eingebrannt haben, so schauen wir diese zwar an, nur sehen wir nichts. Wir sehen nichts, wir spüren nichts und wir wählen unsere Politiker:innen so, dass wir weiterhin abgestumpft bleiben, denn wir wollen weder sehen, noch spüren, außer zur Weihnachtszeit, da werden Euros in TV-Sendungen gesammelt und in Richtung „ärmere, benachteiligte Kinder“ geworfen, denen es so doch viel besser gehen würde, wären sie bloß bei uns.

DOSSIERMEDIEN

BUCH



Rassismus unter dem Radar

Cathy Park Hong verspürte schon früh das Misstrauen der Gesellschaft gegenüber Menschen mit asiatischem Background. Sie wuchs als Tochter koreanischer Zuwander:innen in den USA auf.

Diese negativen Emotionen, wenn sie auf anti-asiatischen Rassismus traf, nennt sie „minor feelings“, auf Deutsch mit Störgefühle übersetzt. So lautet auch der Titel ihres Buches.

Die Autorin und Lyrikerin beschreibt darin einfühlsam und auch humorvoll, wie es ist, als asiatisch wahrgenommene Person weder als „weiß genug“ noch „schwarz genug“ zu gelten. Sie schreibt über ihre Familie und Freund:innen, ihren Weg in die Literaturbranche, aber auch über die Geschichte asiatischer Menschen in den USA: über die Lynchmorde an chinesischen Jungen und

Männern, über Einwanderungsverbote aus ganz Asien, die die USA im zwanzigsten Jahrhundert verhängen, und über die politische Notwendigkeit, Asiat:innen wieder gezielt als Zuwander:innen anzusprechen.

Auch wenn die Erzählung auf den US-amerikanischen Raum fokussiert, treffen viele der angeschnittenen Themen auch auf europäische Länder zu. Etwa wenn asiatische Menschen als „Model Minority“, als „Vorzeigeminderheit“, herhalten müssen. Im Interview mit dem deutschen VOGUE-Magazin erklärte Cathy Park Hong dazu: „Ich wollte mit ‚Störgefüh-

le‘ eine Gegenerzählung schreiben: Das ist die wahre Geschichte meines Lebens, das ist der Kampf, den meine Familie durchgemacht hat. Das ist es, was ich als Schriftstellerin of Color in den USA erlebe, was nichts mit dem ‚Model Minority‘-Mythos zu tun hat.“ (red)

Cathy Park Hong

Störgefühle.

Über anti-asiatischen Rassismus

Übersetzt von Eva Kemper

Aufbau 2022

222 Seiten, 22,70 Euro

BUCH



Mutterliebe und koreanische Kulinarik

„Ein Liebesbrief an meine koreanische Mutter“, so beschreibt Michelle Zauner ihr Buch „Tränen im Asiamarkt“ in einem Interview

mit dem Rolling Stone-Magazin. Die Autorin und Musikerin erzählt in dem autobiografischen Roman über die – nicht immer einfache – Beziehung zu ihrer Mutter, die wegen der Liebe aus Korea in die USA auswanderte. Als Zauner 25 Jahre ist, stirbt ihre Mutter nach einer Krebsdiagnose und aufreibenden Chemotherapien.

Das Buch widmet sich einem Mix aus Trauerarbeit, Identitätsreise zwischen den USA und Korea sowie dem Wunsch, angenommen zu werden: von der eigenen Mutter, den Erwartungen der

anderen und sich selbst.

Begleitet wird die Erzählung von gaumenanregenden Beschreibungen zahlreicher koreanischer Gerichte. Es siedet, dampft, tropft: Mit dem Essen drückte Zauners Mutter ihre Liebe aus, über das Essen fanden Mutter und Tochter immer wieder zueinander.

Michelle Zauner schreibt über die Trauer, die sie nach dem Tod ihrer Mutter ergreift, über deren Tod, aber auch über den damit einhergehenden Verlust des Zugangs zur Sprache, zur Kultur und den Traditionen der

koreanischen Heimat. Ein berührendes Buch, das persönliche Einblicke in Mütter-Töchter-Beziehungen, Diasporaleben und die koreanische Küche gibt. (red)

Michelle Zauner

Tränen im Asiamarkt

Übersetzt von Corinna Rodewald

Ullstein Taschenbuch 2022

320 Seiten, 14,40 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Erinnern an den rechten Terror

Seit 2007 ist die „KABINETT comic passage“ im Wiener Museumsquartier eine feste Anlaufstelle für Comicfans. In diesem Minimuseum, das aus mehreren öffentlichen Schaukästen besteht, werden in wechselnden Ausstellungen internati-

onale Comickünstler:innen vorgestellt. Zu jeder Schau erscheint außerdem ein Comiczine, das rund um die Uhr aus einem Automaten gezogen werden kann.

Aktuell zu sehen bzw. zu lesen: „Steine“ von Shenja Schittkowski, Comiczeichnerin und Illustratorin in Berlin. Der Comic erzählt die Geschichte des jugendlichen Dorfpunks Heini, der sich dem rechten Terror in der ostdeutschen Nachwendzeit entgegenstellt. Als Teil der linken und antirassistischen Skinhead-Szene in Dresden prügelt er sich mit Nazi-Skins und schützt Freund:innen, die ins Visier der Rechtsextremen geraten – während

die Polizei weitgehend untätig bleibt.

Die damalige Welle rechter Gewalt (auch als „Deutscher Herbst 1991“ bekannt, dessen „Höhepunkt“ die rassistischen Ausschreitungen in Hoyerswerda markierten) fand lange Zeit in der öffentlichen Erinnerung und historischen Darstellung Deutschlands kaum Beachtung. Allein im Oktober 1991 wurden 154 rechtsextreme Brandanschläge verzeichnet – die meisten davon übrigens in Westdeutschland. „Steine“ erinnert nicht nur an die Angriffe und Morde an Menschen mit Migrationsgeschichte in dieser Zeit und das weitverbreitete Klima der

Angst. Der sympathische Minicomix thematisiert zudem – kurz, dafür umso prägnanter – eine Kultur der Verdrängung und Verleugnung, wie man sie in Österreich nur allzu gut kennt. (Vina Yun)

Shenja Schittkowski

Steine

KABINETT, 16 Seiten, 2 Euro

Ausstellung bis März 2025, Infos: www.kabinettpassage.at

PODCAST



Diaspora-Talks

Was macht Migration mit Menschen? Diese Frage, und die Unzufriedenheit darüber, wie über zugewanderte Menschen berichtet und gesprochen wird, gaben für die Journalistin Marina Wetzl-

maier 2020 den Anstoß einen Podcast zu starten. „Oft scheint es, als ob das Leben, das sie davor geführt haben, in unserer Gesellschaft wenig anerkannt wird“, erklärt Wetzlmaier. Als Tochter einer philippinischen Mutter habe sie das immer wieder selbst erlebt und beobachtet. „In Österreich beginnen viele mit einem ‚neuen Leben‘, während ihre Vergangenheit auch die weiteren Generationen prägt“, so die freie Journalistin.

In „Gekommen, um zu bleiben“ führt Wetzlmaier dazu mit verschiedenen Men-

schen aus der Diaspora Gespräche. In den bisherigen Folgen sprach sie etwa mit Ines Vukajlović über Migrant:innen in der Politik, mit der Singer-Songwriterin XING über das asiatische DJ-Kollektiv Hotpotposse, mit Renette Osako über Kolonialismus und Bildungschancen sowie mit den iranischen Filmemacher:innen Parisa Ghasemi und Ashkan Nematian über internationale Solidarität.

Der Podcast erscheint meist einmal pro Monat und kann bei Radio FRO, einem freien und gemeinnützigen Radio-

sender aus Linz, sowie online (nach)gehört werden. (red)

<https://tinyurl.com/2aakae7z>



BUCH



Buntes Erklärbuch

Was sind Menschenrechte? Wer hat sie wie erkämpft? In dem Kinderbuch „Alle Menschen haben Rechte“ wird all dies anschaulich erklärt. Man erfährt über die Kämpfe der Frauen, die Errungenschaften der Arbeiter:innenbewegung und zivilen Ungehorsam. Auch weniger Bekanntes wie der Kampf um die Rechte der Natur werden angesprochen. Dazu werden wichtige Menschenrechtsverteidiger:innen

weltweit vorgestellt. Auch aus Österreich ist eine Frau dabei: Ute Bock mit ihrem beharrlichen Einsatz für die Rechte von Geflüchteten.

Die spanische Autorin, Sozialanthropologin und Aktivistin Yayo Herrero widmete das Buch ihrem Enkel und allen Kindern: „Denn sie verdienen es, in einer sicheren Welt zu leben, einer Welt, in der ihr Leben zählt und in der sie in Frieden leben können“. Ein lehrreiches, großformatiges Buch für (ältere) Kinder sowie Erwachsene. Es wird ab 8 Jahren empfohlen – aufgrund der Komplexität mancher Inhalte, Sätze und Begriffe scheint es aber eher für eine ältere Zielgruppe geeignet zu sein. (red)

Yayo Herrero, Luis Demano

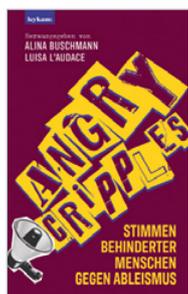
Alle Menschen haben Rechte

Übersetzt von Yezenia León Mezu

Leykam 2023

72 Seiten, 22,50 Euro

BUCH



Wütendes Aufrütteln

Wussten Sie, dass am 3. Dezember Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung ist? Diesen Tag braucht es offensichtlich noch immer. Denn, wie Alina Buschmann schreibt: „Behinderte Menschen finden in unserer Gesellschaft kaum statt“. Die deutsche Autorin, Schauspieler:in und Behindertenrechtsaktivistin schuf deshalb gemeinsam mit Luisa L'Audace, Aktivistin und Be-

raterin für Inklusion und Antidiskriminierung, die Online-Plattform „Angry Cripples“ (Dt.: „Wütende Krüppel“), um Menschen mit Behinderung zu vernetzen und gegen die Diskriminierung vorzugehen. Und sie brachten ein gleichnamiges Buch heraus. Dieses gibt Einblicke in die gelebten Realitäten von Menschen mit Behinderung. Viele von ihnen sind – zu recht – wütend darüber, wie die Gesellschaft mit ihnen umgeht. In den Beiträgen geht es etwa um Pränataldiagnostik, um die Klimabewegung oder um die Einsamkeit als Mensch mit Behinderung oder als Elternteil eines behinderten Kindes. (red)

Alina Buschmann, Luisa L'Audace (Hg.)

Angry Cripples – Stimmen behinderter Menschen gegen Ableismus

Leykam 2023, 256 Seiten, 23,50 Euro

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Milena Österreicher (Chefredakteur:in; mö),
Karin Wasner (Fotoredaktion), Petja Dimitrova (Porträt-
Illus), Alexander Pollak (apo), P.M. Hoffmann (Illustrationen),
Eva Vasari (Illustrationen)

AUTOR:INNEN DIESER AUSGABE:

Lotte Blumenberg, Kurt Fischer, Menerva Hammad,
Sonja Kittel, Naz Küçüktekin, Salme Taha Ali Mohamed,
Milena Österreicher, Alexander Pollak, Martin Schenk,
Philipp Sonderegger, Vanessa Spanbauer, Olivera Stajić,
Edgar Subak, Vina Yun

COVERBILD: Lukas Ilgner

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Ute Meißnitzer,
ute.meissnitzer@sosmitmensch.at
Telefon: +43 1 524 99 00-16

ABOS: Maiko Sakurai, abo@momagazin.at
Telefon: +43 1 524 99 00-23

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 45.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien
Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller
Obfrau: Zeynep Buyraç
Grundlegende Richtung: Gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie und Chancengleichheit.
ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383
BIC: GIBAAWXXX
MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,
Demokratie und Chancengleichheit. Der Nachdruck der
Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung
von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der
Fotografien liegen bei den Urheber:innen.
Falls kein:e Urheber:in ausgewiesen ist:
SOS Mitmensch.

ANDERE ÜBER ...

Hoffnung und Neues wagen

Regierungsbildung in „ungemütlichen“ Zeiten.

KOMMENTAR: KURT FISCHER



Illustration: Petja Dimitrova

Potenzielle Regierungspartner haben sich aufgemacht, im Wissen, dass es nicht weitergehen kann wie bisher. Was kann man ihnen mit auf den Weg geben? Ermutigende Worte zur Rückbesinnung auf den Wert einer lebendigen Sozialpartnerschaft als hoffnungsvolles Wagnis eines neu erwachten „Austrian Dream“? Den Wunsch eines „großen Beginnergefühls“ (Brecht/Misik), um den Anfänge(r)n und ihren regressiven Heilsversprechen zu wehren? Mut zur Befreiung von destruktiven, ressentimentgetriebenen Usancen des politischen Wettbewerbs, also auch den Mut, die tiefe budgetäre Krise nicht (weiter) zu leugnen, sondern gemeinsam mit Expert:innen Wege aus der Krise zu suchen – kein leichter Weg, aber unumgänglich.

Koalition der Hoffnung

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen braucht die neue Regierung Kraft und Entschlossenheit, gemeinsam ein positives Zukunftsbild zu ent-

wickeln, um vor allem *den* Menschen begründete Hoffnung zu machen, mit deren Abstiegs- und Verlustängsten die Populist:innen Stimmung und Stimmen machen, ohne wirklich Lösungen anzubieten. Zukunftsverlust und fehlende Hoffnung sind ein Nährboden für Angstmache und Verschwörungstheorien „falscher Propheten“.

Robert Misik hat Recht, wir sollten die Erwartungen an die Regierungsbildung nicht nach unten, sondern nach oben schrauben: dem „vorsorglich deprimierten Wirklichkeitssinn“ des gelernten Österkertums mit reichlich Möglichkeitssinn begegnen, oder wie unser Bundespräsident Van der Bellen am Nationalfeiertag gesagt hat, „Neues wagen“.

Eine Koalition der Hoffnung, in einer positiven Dialektik von konservativen und progressiven Kräften, muss sich gegenauflärerischen, demokratiefeindlichen Kräften entschieden entgegensetzen und gezielt in Bildung, in Dialog- und Zukunftsfähigkeit investieren.

Zurzeit rückt Bildung im innenpoliti-

schen Diskurs oft nur im Kompositum „Regierungsbildung“ in den Vordergrund. Sichtbares und hoffnungsvolles Zeichen einer erfolgreichen neu gebildeten Regierung wäre es, wenn im Regierungsprogramm Bildung ganz oben steht. „Unser Bildungssystem muss ein zentraler Baustein werden, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Wir brauchen schnell neue Antworten“, so unser Bundespräsident. Mit Worten von Karl Jaspers: keine „Politik der Gemütlichkeit“ mit der für die liberale Demokratie giftigen „Verbindung von höflich vermittelnden Verhandlungen, lebenswürdigem Humor, Befriedigung von Eitelkeiten, Herstellung von Stimmung, Erfindung einigender, aber nichtssagender Phrasen, geschickten Manipulationen...“. Regierungsbildung in ungemütlichen Zeiten – das erfordert Mut zur Hoffnung, Mut zur Demokratie. Der kommenden Regierung ein Gruß.

Kurt Fischer (ÖVP) ist seit 2010 Bürgermeister der Vorarlberger Marktgemeinde Lustenau.

**JETZT
GLEICH BESTELLEN!**



www.sosmitmensch.at/soliabo

SOS
Mitmensch

Am
3.12.
ist

Integration und Zugehörigkeit

Menschenrechte

#GIVINGTUESDAY

Recht auf Schutz

JETZT spenden!
Auch wenn NICHT
Giving Tuesday ist!

Chancengleichheit

Wahlrecht und Staatsbürgerschaft



www.sosmitmensch.at

SPENDENKONTO: AT12 2011 1310 0220 4383